

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 **Standpunkt**
Wohnen ist doch ein Menschenrecht, oder?
- 11 **Forschung & Publikationen**
Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen in Kommunen
- 22 **Neue Projekte**
Planspiel zur BauGB-Novelle gestartet
- 25 **Veranstaltungen**
Gebühren und Konzepte fürs Parken im Quartier

Editorial

Standpunkt

- 4 Wohnen ist doch ein Menschenrecht, oder?

Forschung & Publikationen

- 6 Grundlagen für die geplante große Novelle des Städtebaurechts
- 7 Verkehrswende mit Investitionen in die kommunale Infrastruktur vorantreiben
- 8 Strukturwandel in Braunkohlerevieren sozial-ökologisch gestalten
- 10 Klimaanpassung in Bestandsgewerbegebieten
- 11 Nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen in Kommunen
- 12 Innovative Verwaltungsstrukturen fördern Nachhaltigkeit in Kommunen
- 13 Sustainable Finance – Zukunftsthema für Kommunen
- 14 Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sorgen für Entlastung
- 15 Radwege und Parkraummanagement: Schneller vom Plan in die Umsetzung

Neue Projekte

- 21 Stadt der Viertelstunde
- 21 Mobilitätswende beschleunigen
- 22 Regulative Baukultur
- 22 Planspiel zur BauGB-Novelle

Veranstaltungen

- 23 Veranstaltungsvorschau
- 24 Difu-Jubiläum: 50 Jahre Forschung für die Zukunft der Städte
- 25 Neue Gebühren und Konzepte fürs Parken im Quartier
- 26 So sieht ausgezeichneter Klimaschutz aus
- 28 Urbane Transformation anpacken und steuern
- 29 Bilanzierungstools für die Klimaschutzarbeit von Kommunen

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich Sustainable Finance?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 30 Duisburg, Stadt am Wasser – von Hochkultur bis Industriekultur
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute halten Sie wieder ein „reguläres“ Berichte-Magazin in der Hand oder Sie lesen es auf Ihrem Bildschirm. Das vorherige Heft war eine Sonderausgabe anlässlich unseres Jubiläums „50 Jahre Difu“. Diesen runden Geburtstag haben wir am 7. September im Radialsystem in Berlin gemeinsam mit zahlreichen Partnerinnen und Partnern aus der kommunalen Familie, aus der Landes- und Bundespolitik, aus der Wissenschaft, sowie aus Verbänden und Stiftungen gefeiert. Über die große Resonanz und die vielen freundlichen Worte haben wir uns sehr gefreut – nicht nur die aktuell rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu, sondern auch die anwesenden Ehemaligen, die entscheidend dazu beigetragen haben, dass das Difu tatsächlich das ist, was immer wieder behauptet wird – das bedeutendste Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum.

Prof. Dr. Arno Bunzel arbeitet nicht seit 50, aber seit über 30 Jahren am Difu. Am 1. Januar 2024 wechselt er in den Ruhestand. Mit ihm verlässt der wahrscheinlich derzeit renommierteste Wissenschaftler des Difu das Institut. Als Jura-Professor ist er einer der bekanntesten Baurechtler Deutschlands, und als Stadtplaner einer, der nicht nur seinen juristischen, sondern auch einen planerischen Blick auf die Dinge einbringt. Arno Bunzel leitet seit Jahren den Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales und ist als Prokurist und stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor Teil der Institutsleitung des Difu. Wir danken ihm für sein überragendes Engagement und wünschen ihm für den neuen Lebensabschnitt nur das Beste.

Wenn einer geht, kommt eine Neue: Ricarda Pätzold ist nicht wirklich neu am Difu. Sie arbeitet seit vielen Jahren als erfolgreiche Wissenschaftlerin des Instituts. Sie hat als Projektleiterin zahlreiche Studien, unter anderem aus dem Bereich der Innenstadtentwicklung und der Wohnungspolitik, verantwortet. Im nächsten Berichte-Magazin werden wir Ihnen Ricarda Pätzold näher vorstellen. Wer schon heute etwas über ihre Arbeit erfahren möchte, sei auf ihren Standpunkt auf der nächsten Seite verwiesen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Wohnen ist doch ein Menschenrecht, oder?

Das Zusammenwirken verschiedener Veränderungen auf den Wohnungsmärkten führt zu einer volatilen Situation und erschwert die politische Steuerung. Umso wichtiger ist es, die Ziele und Instrumente klar zu definieren.

Unstrittig ist zumindest, dass eine Wohnung eine der zentralen Grundvoraussetzungen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist – sie bietet das sprichwörtliche „Dach über dem Kopf“ und ist Ankerpunkt der privaten Lebensorganisation. Für die Bewertung der Wohnungsversorgung geht es aber nicht nur um das schlichte Vorhandensein einer Wohnung. Vielmehr wird die Lebensqualität durch die Wohnverhältnisse geprägt – auch verstanden als Passfähigkeit der Wohnung zur Lebenssituation – sowie die Nachbarschaft. Drastisch illustriert wurde der Zusammenhang von Heinrich Zille: „Man kann einen Menschen mit einer Axt erschlagen, aber man kann ihn auch mit einer Wohnung erschlagen“. Die heutigen Wohnverhältnisse haben nur in sehr seltenen Fällen das Erscheinungsbild des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die Wohnungspolitik ist aber ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema geblieben und es geht nach wie vor um Wohnungsmangel, hohe Mieten sowie steigende Immobilienpreise.

Ein Ausdruck dessen ist das im Koalitionsvertrag von 2022 verankerte Ziel, jährlich 400.000 Wohnungen neu zu bauen. Das Ziel war schon zur Zeit des Beschlusses ambitioniert, hatte doch die COVID-19-Pandemie bereits zu Lieferengpässen bei Baumaterialien und Kostensteigerungen im Baugewerbe geführt. Die Situation verschärfte sich weiter durch das Ende der Niedrigzinsphase und den russischen Überfall auf die Ukraine. Seitdem vergeht keine Woche, in der nicht in irgendeinem Zusammenhang auf den wachsenden Abstand zwischen den Baufertigstellungen und den Zielzahlen hingewiesen und die aktuelle Wohnungspolitik für gescheitert erklärt wird. Parallel wächst die Liste der Vorschläge bzw. Forderungen zu einer wohnungspolitischen Neuausrichtung. Diese können hier nicht im Einzelnen diskutiert werden, wichtig erscheint mir aber die Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Weichenstellungen. Kurzfristige Maßnahmen zur Abfederung der Kostensteigerungen finden sich u.a. in Wohnraumförderprogrammen und Grundstücksausschreibungen von Kommunen. Diese sind jedoch in hohem Maße von der jeweiligen Haushaltslage abhängig. Auf eine längere Perspektive zielen dagegen die Forderungen nach der Absenkung von Baustandards (z.B. Energieeffizienz, Barrierefreiheit und Regelungen

der Landesbauordnungen) sowie der Quoten für bezahlbaren Wohnraum oder die Absenkung/Ver einheitlichung der Grunderwerbssteuer. Viele der Vorschläge sind keineswegs neu, doch steigt der Nachdruck mit dem sie vorgetragen werden, da angesichts der ermittelten Miethöhen für den frei finanzierten Wohnungsbau von 17,50 bis 20 Euro je Quadratmeter (nettokalt) der Neubau endgültig für viele Haushalte unbezahlbar zu werden droht.

Die derzeitige Situation auf den Wohnungsmärkten sollte nicht als lineare Konsequenz der Entwicklungen gelesen werden. Die Kumulation von Schockereignissen stellt vielmehr eine Ausnahme-situation dar, die auch als solche behandelt werden sollte. „Wir erleben einen zyklischen Reset-Moment ähnlich wie Ende der 1990er-Jahre oder nach der Finanzkrise“ (Leykam, 2023). Die anhaltende Niedrigzinsphase führte dazu, dass Immobilien (Betongold) als Anlageform eine nie dagewesene Attraktivität erhielten. Das Dauerhoch forcierte die Etablierung von Immobilienunternehmen, die nur unter diesen Sonderbedingungen funktionierten und heute als Gesichter der Krise gelten. Heute erweisen sich Kaufpreise von Grundstücken und Immobilien als zu hoch und belasten die Buchwerte der Unternehmen. Insgesamt wurde die Niedrigzinsphase zu wenig genutzt, um Innovation im Immobiliensektor zu fördern, stattdessen wurde an vielen Stellen Geld aus den Wohnungsbeständen gezogen.

Dem Neubau einen besonders hohen Stellenwert in den wohnungspolitischen Instrumenten einzuräumen, beruht auf der Diagnose, dass ein Großteil der Mietpreissteigerungen eine Folge der Knappheit ist, was man als Vermietermarkt bezeichnet. In den 2000er-Jahren herrschte in vielen Städten dagegen ein Mietermarkt, was bedeutet, dass die Vermieter*innen nicht jeden Mietpreis durchsetzen können. Einen Wohnungsüberhang zu bauen und damit den Markt zu entspannen, erscheint unter den skizzierten Rahmenbedingungen kein realistisches Szenario zu sein. Ich möchte aber auf ein anderes Phänomen hinweisen: Wenn hohe Gestehungskosten im Wohnungsbau beklagt werden, dann wird eine Art Kostenmiete kalkuliert, während in der Mietpreisbildung sonst auf die Marktmiete gesetzt wird. Diese spiegelt nicht unbedingt die Kosten wieder, sondern leitet den

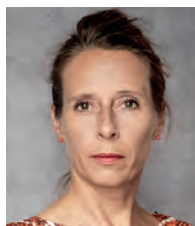


Foto: Annette Koroll



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de



Fotos: Ricarda Pätzold

Zum Weiterlesen:

Investitionsbank Berlin: IBB
Wohnungsmarktbericht
2021. (2022)

➔ www.t1p.de/t8e4h

Süddeutsche Zeitung:
Krass, Sebastian,
Ratzesberger, Pia und
Mehrlich,
Lorenz: Warum ist da ein
Loch und kein Haus?
(17. 11. 2023)

➔ www.t1p.de/qwgwm

Immobilien Zeitung
Leykam, Monika
(11.2.2023): Hines steht
bereit.

➔ www.t1p.de/jbj8o

Immobilien Zeitung
Ochs, Jutta (23.11.2023):
„Die Mieten im Bestand
müssen teurer werden“.

➔ www.t1p.de/s7ba0

Sebastian, Steffen (2021).
Stellungnahme zur Anhö-
rung im Ausschuss für Recht
und Verbraucherschutz des
Deutschen Bundestages:
(BT-Drucksache 19/23116)
(19.05.2021).

➔ www.t1p.de/ux6gg

detektor.fm, radioeins vom
rbb: Thielmann, Charlotte &
Schloz, Rabea (2023).
Teuer Wohnen (7 Teile):
Podcast.

➔ www.t1p.de/vf6k5

Mietpreis aus der Zahlungsbereitschaft der Wohn-
ungssuchenden ab.

Die 2015 beschlossene Mietpreisbremse zielt
darauf ab, diese Möglichkeiten zu begrenzen,
dennoch haben sich die Angebotsmieten immer
weiter von den Bestandsmieten – für die das
Mietrecht weitergehende Schutzmechanismen
vorsieht – entkoppelt. Infolge dessen sinkt die Bin-
nenwanderungsquote. In Berlin betrug diese im
Jahr 2004 noch 11,4 Prozent, 2020 dagegen nur
noch 6,9 Prozent, es unterblieben damit 122.000
Umzüge (Investitionsbank Berlin, 2022). Da die
Anpassung der Wohnverhältnisse mit erheblich
höheren Wohnkosten verbunden ist, verbleiben
Mieter*innen in ihrer jetzigen Wohnung, obwohl
diese möglicherweise nicht mehr ihren Bedürf-
nissen entspricht, weil sie zu groß oder zu klein
ist, nicht in der Nähe des Arbeitsplatzes liegt
etc. Die Konsequenz dieses Log-In-Effekts ist,
dass sich insbesondere in den prosperierenden
Agglomerationsräumen im zurückliegenden Jahr-
zehnt die Zugänglichkeit der Wohnungsmärkte
verschlechterte.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken
wurden in vielen Städten Initiativen zum Wohn-
ungstausch lanciert, die jedoch bislang kaum
signifikante Effekte entfalten. Andere Vorschläge
(Ochs, 2023; Sebastian, 2021) zielen dagegen
auf eine Anhebung des Niveaus der Bestands-
mieten in Richtung der Angebotsmieten durch
eine Reduzierung der Regulierung. Damit würde
der Anreiz sinken, in einer zu großen Wohnung zu
verbleiben und die „blockierte“ Wohnfläche dem
Wohnungsmarkt zugeführt. Hintergrund ist die
im Durchschnitt steigende Wohnfläche pro Kopf,
die jedoch bei Mieter*innen und in Großstädten
wesentlich geringer ausfällt als bei Eigentümer*in-
nen sowie im ländlich geprägten Raum. Der zweite

Teil der Argumentation basiert darauf, dass die
Bestandsmieten auf einem „künstlich“ niedrigen
Niveau gehalten werden und damit Wohnungs-
eigentümer*innen quasi besteuert würden. Als
Referenzwert dient wiederum die Marktmiete, die
nicht ausschließlich aus den tatsächlichen Kosten,
sondern auch der Wohnungsknappheit sowie ge-
samtgesellschaftlichen Investitionen in Quartiere
und Infrastruktur resultiert.

Für Bestandsmieter*innen gibt es neben privaten
Gründen – Familienvergrößerung oder -verklei-
nerung, Scheidung etc. – auch externe Faktoren,
die einen Wohnungswechsel unausweichlich ma-
chen, etwa die Anmeldung von Eigenbedarf, eine
nicht tragbare Mieterhöhung oder wenn das Haus
einem Ersatzneubau weichen muss (Thielmann
& Schloz, 2023). Die Trennlinie zwischen Woh-
nungs-Nutzenden und Wohnungs-Suchenden
ist damit keineswegs undurchlässig und die Ver-
unsicherung wirkt tief in die Stadtgesellschaften
hinein: „In einer frei drehenden Stadt wie Mün-
chen sind Genossenschaften einer der wenigen
Notausgänge, um dem erbarmungslosen Markt zu
entkommen“ (Krass et al., 2023).

Zu dem Denkmuster, das hohe Mieten für alle als
Instrument eines „gerechteren“, entspannteren
Wohnungsmarkts interpretiert, gehören auch die
Unterstützungsleistungen für die „wirklich“ Be-
dürftigen, die zielgenau durch Wohnbeihilfen un-
terstützt werden. Doch letztlich können steigende
Anteile der Mieten an den Haushaltseinkommen
sowie die öffentlichen Transferleistungen auch als
„Kaufkraftvernichtung“ interpretiert werden. Das
Geld steht für andere Ausgaben oder Zwecke
nicht zur Verfügung. Das Menschenrecht auf
Wohnen braucht mehr als Noteingänge und es ist
höchste Zeit, einen alternativen Verteilungsme-
chanismus als lediglich den Preis zu entwickeln.

Grundlagen für die geplante große Novelle des Städtebaurechts

Ergebnis einer Reihe von Fachgesprächen zu Möglichkeiten, Erfordernissen und Auswirkungen von Änderungen bei Baugesetzbuch und Baunutzungsverordnung. Difu-Publikation stellt Vorschläge dar und dokumentiert die Argumentationslinien.



Foto: Adobe Stock, Matthew

Aufgabenstellungen im Städtebau betreffen zunehmend auch Klimaschutzthemen: Anpassung an die Folgen des Klimawandels wie vermehrte Trockenheit, Starkregenereignisse und Hitzetage, Schaffung neuer und bezahlbarer Wohnungen bei gleichzeitiger Schaffung qualitativ hochwertiger und gut nutzbarer öffentlicher Räume, sparsamer und nachhaltiger Umgang mit Flächen und natürlichen Ressourcen. Aber wie können die rechtlichen Instrumente des Baugesetzbuchs und der Baunutzungsverordnung weiterentwickelt werden, um die Städte für diese Aufgaben gut aufzustellen? Diese Frage war Gegenstand einer Gesprächsreihe, die das Deutsche Institut für Urbanistik, veranlasst und begleitet durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, im ersten Halbjahr 2023 mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis durchführte.

In fünf Workshops wurden zahlreiche Vorschläge diskutiert, wie das für die städtebauliche Entwicklung maßgebliche Regelwerk besser auf die kommenden Herausforderungen ausgerichtet werden kann. Auf der Agenda standen große Handlungsfelder wie der Klimaschutz im städtebaulichen Kontext, die Anpassung an den Klimawandel insbesondere durch eine wassersensible städtebauliche Entwicklung (Schwammstadt), die Innenentwicklung und Möglichkeiten zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren. Daneben wurden aber auch zahlreiche Einzelaspekte in den Fokus genommen. Hierzu zählten unter anderem Entfristung von Regelungen des Baulandmobilisierungsgesetzes, eine Sonderregelung für Fälle von Naturkatastrophen, die Weiterentwicklung der Umlegung und der Vorkaufsrechte, die Zulässigkeit

von Clubs und Musikspielstätten sowie die Zulässigkeit von Photovoltaik-Anlagen im Außenbereich.

Über alle Einzelaspekte hinweg ging es immer auch darum, wie die jeweiligen Ziele und Aufgaben auf kommunaler Ebene – angesichts wachsender Aufgabenfülle und zunehmenden Personallengpässen – umgesetzt werden und welche gesetzgeberischen Maßnahmen im Bereich des Städtebaurechts dies unterstützen können. In der Gesprächsreihe wurden zahlreiche Ideen vorgebracht, wie das Aufgabenspektrum der Bauleitplanung und des Städtebaurechts zur Umsetzung der angesprochenen Ziele erweitert oder akzentuiert werden könnte. Aus diesem Grund wurde eine gute Verzahnung zwischen fachgesetzlichen und fachplanerischen Vorgaben und den städtebaulichen Instrumenten angemahnt. Die kommunale Planungskompetenz sei besonders wichtig, wenn es um die Klärung von Raumnutzungskonkurrenzen auf lokaler Ebene und die Akzeptanz in der örtlichen Bevölkerung gehe. Bei generellen Anforderungen dagegen, die sich ohne Berücksichtigung ortsspezifischer Unterschiede überall in gleicher Weise stellen, könnten die Kommunen ggf. durch generell und unmittelbar wirkende Vorgaben in den Fachgesetzen entlastet werden.

Die Difu-Publikation „Fachexperten-Gespräche 2023 zur Modernisierung des Städtebaurechts“ stellt die Vorschläge dar und dokumentiert die Argumentationslinien. Der Band dient damit auch als fachliche Grundlage für die von der Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages geplante große Novelle des Städtebaurechts.



www.difu.de/18086



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Ass. Jur
Magnus Krusenotto
+49 30 39001-157
krusenotto@difu.de

Verkehrswende mit Investitionen in die kommunale Infrastruktur vorantreiben

Das Difu schätzt den Investitionsbedarf für den Erhalt und die Erweiterung von Schienennetzen, Straßen und Wegen in deutschen Städten, Landkreisen und Gemeinden bis 2030 auf rund 372 Mrd. Euro. Mittel sollten für die Verkehrswende genutzt werden.

Die notwendige Verkehrswende stellt Kommunen vor eine doppelte Herausforderung: Um Treibhausgasemissionen substanziell zu senken, muss eine Transformation zu einem nachhaltigen Verkehrssystem vollzogen werden. Gleichzeitig gilt es, ein funktionierendes und leistungsfähiges Straßen- und Schienennetz vorzuhalten. Die im laufenden Jahrzehnt ohnehin anstehenden hohen kommunalen Investitionen eröffnen die Möglichkeit, durch veränderte Schwerpunktsetzungen bestehende Abhängigkeiten zu lösen.

Ein effektives Verkehrswegenetz ist eine Voraussetzung für das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft. Der motorisierte Individual- und Güterverkehr verursacht jedoch rund ein Fünftel der durch Deutschland verursachten Treibhausgasemissionen. Als Baulastträger stehen die Kommunen vor der großen Herausforderung, eine gut funktionierende Infrastruktur zu gewährleisten und gleichzeitig den Wandel zu einem nachhaltigen Verkehrssystem voranzutreiben. Ohne kluge, zielgerichtete Priorisierung von Maßnahmen sowie die Unterstützung der jeweiligen Länder und des Bundes ist dies nicht umsetzbar.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat eine Studie erarbeitet, die einen genauen Blick auf die Verkehrsnetze der Kommunen in Deutschland ermöglicht. Sie wurde im Auftrag des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, des Verbands der Deutschen Verkehrsunternehmen und des ADAC durchgeführt. In der Erhebung wurden Umfang, Zustand und die bis 2030 zu erwartenden Investitionsbedarfe ermittelt. Die Auswertungen ergaben für die Straßen in den Kommunen eine Länge von knapp 714.000 km. Die Länge der Straßenbrücken in Kommunen beträgt rund 3.600 km und die der kommunalen Straßentunnel knapp 1.400 km. Die Länge der U-Bahn-Gleise beträgt rund 900 km und die der Straßenbahnen 6.320 km, davon verlaufen 451 km Gleise unterirdisch. Mit Blick auf den baulichen Zustand bewerten die Kommunen ein Drittel ihrer bestehenden Streckennetze für alle Verkehrsträger mindestens mit „gut“. Allerdings weist ebenfalls ein Drittel der Straßen größere Mängel auf. Fast jede zweite Straßenbrücke in den Kommunen ist in keinem guten Zustand. Auch bei den ÖPNV-Netzen verursacht der schlechte Zustand von 15 Prozent der Strecken Handlungsbedarf.

Allerdings sind zumindest die ÖPNV-Brücken und -Tunnel im Vergleich besser erhalten. Etwa zwei Drittel davon sind neuwertig oder in einem guten Zustand. Für alle untersuchten Infrastrukturbereiche zusammen wurden zum Jahr 2030 Investitionsbedarfe von insgesamt rund 372 Mrd. Euro ermittelt. Dabei entfällt der mit rund 283 Mrd. Euro deutlich größte Teil auf den Nachhol- und Ersatzbedarf bei der Straßenverkehrsinfrastruktur der Kommunen. Bei der ÖPNV-Infrastruktur lässt sich der Nachhol- und Ersatzbedarf bis zum Jahr 2030 auf 64 Mrd. Euro beziffern. Der größte Teil der voraussichtlich erforderlichen Investitionen entfällt auf U-Bahn- sowie Stadt-/Straßenbahnstrecken in Tunnellage. Für die Erweiterung der Straßen- und ÖPNV-Infrastruktur ergibt die Schätzung einen Bedarf von rund 25 Mrd. Euro.



Laut Studie sind folgende Elemente für nachhaltigen Mobilität zentral: ÖPNV-Ausbau, Schaffung von Mobilitätsstationen, digitale Infosysteme und sichere Stellplätze für Fahrräder sowie die Elektrifizierung des Verkehrs. Insgesamt werden die hierfür bis 2030 zusätzlich benötigten Investitionen auf einen Umfang von rund 39 bis 63 Mrd. Euro geschätzt. Gleichzeitig könnten – bei konsequenter Umsetzung der Verkehrswende – Einsparungen bei Straßen und Stellplätzen von rund 21 bis 63 Mrd. Euro realisiert werden.

Vor dem Hintergrund der im laufenden Jahrzehnt ohnehin anstehenden Investitionen muss die Verkehrswende die Kommunen daher nicht zusätzlich finanziell belasten. Voraussetzung dafür ist jedoch der Mitteleinsatz hin zu einem neu ausgerichteten, nachhaltigen Verkehrssystem.



www.difu.de/17207



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Strukturwandel in Braunkohlerevieren sozial-ökologisch gestalten

Was Infrastrukturen zur sozial-ökologischen Transformation von Braunkohlerevieren leisten und welche Impulse zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung beitragen können, darum ging es in einer Studie, die das Difu für das Umweltbundesamt umsetzte.

Wie können die mit dem Ausstieg aus der Förderung und Verstromung von Braunkohle eingeleiteten Strukturwandelprozesse gezielt genutzt werden, um die Reviere im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation nachhaltig zu entwickeln? Diese dringende Frage stellt sich angesichts der globalen ökologischen Herausforderungen. Während Strukturwandel üblicherweise auf den Erhalt regionaler Wirtschaftskraft sowie der Arbeitsplätze abzielt (Berkner, 2019; BMWI, 2019; Jacob et al., 2019), adressieren Transformationsprozesse einen tiefgreifenden Wandel von einer umwelt- und klimaschädlichen hin zu einer nachhaltigen Ökonomie und Lebensgestaltung (Jacob et al., 2019; Wittmayer & Hölscher, 2017). Transformation ist explizit auf (globale) Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet (Riechel et al., 2020; WBGU, 2016). In Strukturwandelregionen fallen mehrere Transformationsprozesse zusammen, die in der Regel nicht klar voneinander abgrenzbar sind: die Transformation der wirtschaftlich-ökonomischen Grundlagen und Produktionsbedingungen der Region, demografische und kulturelle Veränderungen sowie die Transformation der Infrastrukturen. Ausgestattet mit Fördermitteln bieten sich den Revieren besondere Chancen der Gestaltung der Transformation der Region in ihren verschiedenen Dimensionen und Elementen.



In dem vom Umweltbundesamt (UBA) finanzierten Vorhaben „Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel“ (TransIS) untersucht das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit dem Wuppertal

Institut, der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und dem Ecologic Institut die Rolle von technischen Infrastrukturen im und ihre Beiträge zu einem sozial-ökologisch gestalteten Strukturwandel. In einem ersten Schritt wurden in den drei Revieren die laufenden Strukturwandelprozesse mittels Expert*inneninterviews erhoben und analysiert.

In allen drei Revieren geht es in den Debatten über den Strukturwandel um die Substitution der in der Braunkohle wegfallenden Arbeitsplätze durch neue und damit um den quantitativen Erhalt des Arbeitsplatzangebots in der Region. Nachhaltigkeit wird in allen drei Revieren als Orientierungsmarke zwar im Diskurs erwähnt, in der Abwägung der Nachhaltigkeitsdimensionen stehen jedoch Ökonomie und Soziales im Vordergrund. Alternative Leitbilder und Konzepte wie Suffizienz und neue Lebensstile oder Modelle alternativer Ökonomien (z.B. Donut-Ökonomie) kommen in den drei Revieren nicht zur Sprache – zumindest gab es in den Interviews hierauf keine substantiellen Hinweise. In allen drei Revieren wird die Chance erkannt, mit Hilfe der Strukturmittel Forschung und Innovationen zu fördern und somit Vorreiterpositionen in bestimmten Branchen zu entwickeln. Die Notwendigkeit des Strukturwandels wird damit als Chance erkannt.

Im Hinblick auf technische Infrastrukturen zeigt sich, dass eine vorausschauende, übergeordnete und integrierte Infrastrukturplanung in allen drei Revieren nicht erkennbar ist. Infrastrukturbelange wie z.B. unterschiedliche Technikooptionen, Sektorkopplungen und räumlich verortete Bedarfsanalysen werden auf Revierebene und in Bezug auf die strategischen Leitbilder der Revierentwicklung bisher kaum diskutiert. Die Synchronisation der Planungsprozesse und die Abstimmung der Akteur*innen der Angebots- und Bedarfsseite von infrastrukturellen Leistungen ist für alle drei Reviere eine Herausforderung. Wie sich innovativ gestaltete Infrastrukturen zugunsten eines sozial-ökologisch orientierten Strukturwandels planen und umsetzen lassen, ist vor diesem Hintergrund zu klären.

Die Studienergebnisse werden in Kürze in einer UBA-Reihe und der Difu-Website veröffentlicht.



www.difu.de/publikationen



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dipl.-Ing. Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de



Klimaanpassung in Bestandsgewerbegebieten

Wie Klimaanpassungsmaßnahmen in Bestandsgewerbegebieten auch mit Blick auf Kosten-Nutzen-Aspekte umgesetzt werden können, untersuchte das Difu zusammen mit den Städten Bochum, Dortmund und Duisburg und in Kooperation mit der EPC gGmbH.

Der Klimawandel wirkt sich bereits heute stark auf Menschen, Städte und Unternehmen aus. Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes stieg die Temperatur in Deutschland vom Jahr 1881 bis zum Jahr 2021 im Jahresmittel um 1,6 Grad. Hinzu kommen häufigere und an Intensität zunehmende Wetterextreme wie Dürreperioden, Wasserknappheit, Überschwemmungen nach Starkniederschlägen, Hitzewellen, Waldbrände oder Stürme.



Foto: Adobe Stock, kiono/Bjoern Danzke

diese knapp 20 Prozent der Siedlungsflächen in Deutschland entfallen. Diese Flächen weisen beispielsweise mit durchschnittlich mehr als 60 Prozent einen hohen Versiegelungsgrad und gleichzeitig geringen Grünflächenanteil auf, weshalb sie mit Blick auf Hitze- und Starkregeneignisse besonders gefährdet sind. Hinzu kommen Luftschadstoff- und Lärmbelastungen durch Produktion und Verkehr. Für Unternehmen können die Klimaextreme zu Produktionsausfällen und Lieferkettenproblemen aber auch zu verminderter Leistung von Mitarbeitenden führen.

Vor diesem Hintergrund führte das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit der Projektgesellschaft für Klima. Nachhaltigkeit. Kommunikation das Projekt KLIMA.PROFIT durch. Dabei wurden Bestandsgewerbegebiete in Dortmund, Bochum und Duisburg analysiert und mögliche Anpassungsmaßnahmen für betroffene Unternehmen entwickelt. Ziel der Maßnahmen war es, bereits eingetretene Schadensereignisse zu minimieren und die Gebiete insgesamt resilient gegenüber Klimawandelfolgen zu machen. Von Bedeutung war dabei, den ökonomischen Mehrwert von Anpassungsmaßnahmen zu identifizieren und zu kommunizieren.

In dem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit als Leuchtturmvorhaben der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) geförderten Projekt wurden gemeinsam mit den Wirtschaftsförderungen der Städte Bochum, Dortmund und Duisburg folgende Schritte umgesetzt:

- Analyse des Gefährdungspotenzials gegenüber Hitze, Sturm und Starkregen
- Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Anpassung an die Klimawandelfolgen
- Erstellung von Kosten-Nutzen-Analysen
- Maßnahmenentwicklungen, die den unternehmerischen Mehrwert und die Aufenthaltsqualität an den Standorten verbessern

Die Projektergebnisse wurden in der Publikation „Stadt und Unternehmen im Dialog – Klimaanpassung in Bestandsgewerbegebieten unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Wertschöpfung und Zukunftsfähigkeit“ veröffentlicht.

Die Folgen können lokal oder regional katastrophale Ausmaße annehmen – wie im Ahrtal – und führen Jahr für Jahr zu steigenden materiellen und immateriellen Schäden. Die durch den Klimawandel erzeugten Folgen lagen in den Jahren von 2000 bis 2021 bei mindestens 145 Mrd. €. Wie groß die Schäden und damit verbundenen Einschränkungen in der Zukunft sein werden, hängt insbesondere von der Anpassungsfähigkeit bestehender Systeme und Infrastrukturen ab. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Gestaltung und Anpassung bestehender Siedlungsstrukturen – das betrifft Verkehrsflächen, Wohnbauflächen sowie Industrie- und Gewerbeflächen.

Gerade die Herausforderungen und Potenziale von Industrie- und Gewerbeflächen werden in der Klimadebatte häufig vernachlässigt, obwohl auf



www.difu.de/18171
www.t1p.de/7eyqr



Dipl.-Ing.
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Dipl.-Geogr.
Robert Böhnke
+49 30 39001-239
boehnke@difu.de

Nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen in Kommunen

Die Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen auf regionaler Ebene stand im Fokus des Forschungsprojekts reGIOcycle. Die Ergebnisse wurden in einem praxisorientierten Leitfaden veröffentlicht.

Kunststoffe werden weltweit intensiv genutzt, und die Produktion von Kunststoffen ist stark gestiegen: von 1,5 Millionen Tonnen im Jahr 1950 auf 390 Milliarden bis zum Jahr 2021. Etwa 99 Prozent dieser Kunststoffe werden auf Basis fossiler Rohstoffe produziert. Produktion, Nutzung sowie die Entsorgung von Kunststoffen führen jedoch zu verschiedenen Umweltbelastungen (z.B. durch CO₂-Emissionen, Mikroplastik etc.). Zudem sind Kunststoffe – häufig in Form von To-go-Verpackungen – für die Verschmutzung des öffentlichen Raums in Kommunen verantwortlich, genannt „Littering“. Die Kosten für die Beseitigung von Littering-Abfällen in Kommunen liegen bei etwa 434 Millionen Euro im Jahr, auch werden diese meist als Restmüll entsorgt und nicht dem Recycling zugeführt. Kurzum, der Ressourcenverbrauch, die Vermüllung, die Entstehung von Mikroplastik und die Meeresverschmutzung haben negative Auswirkungen auf unsere Ökosysteme und Gesundheit.

Diese großen gesellschaftlichen Herausforderungen müssen vor Ort bewältigt werden, somit besteht Handlungsbedarf in den Kommunen. Vor diesem Hintergrund standen in dem Forschungsprojekt reGIOcycle die Themen Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen auf regionaler Ebene im Fokus.

Projektziel war die Entwicklung und Erprobung eines realisierbaren Konzepts zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft, unter Mitwirkung verschiedener Akteure und Stakeholder aus Kommunen, Forschungseinrichtungen und einer Reihe von lokal agierenden Unternehmen. Dabei ging es darum, Modelle und Potenziale für regionale Kunststoffkreisläufe in Stadt-Land-Beziehungen im Sinne der Vermeidung und Substitution mittels biobasierter Alternativen und herauszuarbeiten. Räumlich umfasst das Untersuchungsgebiet die Stadt Augsburg sowie die Landkreise Aichach-Friedberg und Augsburg.

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Stadt-Land-Plus Fördermaßnahme finanzierte Projekt reGIOcycle besteht aus einer Forschungsphase (2020-2023) und einer Umsetzungsphase (2023-2025). Die Ergebnisse der Forschungsphase wurden in dem praxisorientierten Leitfaden „Vermeidung, Substi-

tution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft“ des Difu veröffentlicht.

In der neuen Veröffentlichung ist unter anderem eine Rohstoffpotenzialanalyse zu finden, auf deren Basis denkbare Maßnahmen für eine optimierte Kreislaufwirtschaft und zur Substitution von Kunststoffprodukten in der Region Augsburg diskutiert und Ideen für die Praxis entwickelt wurden. Sechs unterschiedliche Kreisläufe für Verpackungsmaterial (Mehrweg, biobasiert, nachwachsend), dem Stadtmarkt und für den Bioabfall werden dargestellt. Erste Anpassungen in der Praxis – zum Beispiel eine Systemerweiterung auf dem Stadtmarkt – werden beschrieben. Zudem wird in dem Band gezeigt, wie neu entwickelte Produkte zur Etablierung von lokalen Kreislaufsystemen im Reallabor getestet werden können. Ein gutes Beispiel hierfür ist der „Augsburger Becher“ für Kaltgetränke, der im Rahmen der Kanu-Weltmeisterschaft einge-



Foto: Anton Franz

setzt wurde. Auch auf eine mögliche Substitution von Polypropylen (PP) – das aktuelle Material des „Augsburger Bechers“ – durch biobasierte Kunststoffe und nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo) wird in der Publikation eingegangen. Des Weiteren wird die Umsetzung eines 'Citizen Innovation Lab' beschrieben, das sich zum Ziel gesetzt hat, Kunststoffmüllwürfe in Biotonnen zu minimieren. Der Schwerpunkt liegt hier bei Großwohnanlagen (GWA).



www.difu.de/18189
www.regiocytle.de



Dipl.-Ing.
Maic Verbücheln
+49 30 39001-263
verbuecheln@difu.de

Dipl.-Geogr.
Robert Böhnke
+49 30 39001-239
boehnke@difu.de

Innovative Verwaltungsstrukturen fördern Nachhaltigkeit in Kommunen

Für Verwaltungen ist die Einbeziehung von Nachhaltigkeitskriterien auf allen Wirkungsebenen eine wichtige Aufgabe. Sie ist nur durch fachliche und themenübergreifende Zusammenarbeit – gemeinsam mit allen relevanten Stakeholdern – erfolgreich zu lösen.

Der Anstieg der globalen Temperatur als Folge erhöhter Treibhausgasemissionen ist eine der größten Bedrohungen für Mensch und Natur. Aus heutiger Sicht ist es wahrscheinlich, dass die im Pariser Klimaabkommen formulierte Temperaturerhöhungsgrenze von 1,5 Grad Celsius innerhalb der kommenden Jahre überschritten wird. In Deutschland führt dies zu steigenden Risiken in vielen Bereichen: Gesundheit, Lebensunterhalt, Nahrungssicherheit, Wasserversorgung, Sicherheit und Wirtschaftswachstum. Damit die Folgen weitmöglichst eingedämmt werden können, ist eine Begrenzung der Treibhausgasemissionen wichtiger denn je. Zugleich wird die Anpassung an den Klimawandel bedeutender. Um dabei den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden, sind Veränderungen nachhaltig und generationengerecht auszugestalten.

für Urbanistik (Difu) mit dem Forschungsprojekt „Verwaltung 2030“. Ziel war es, innovative Verwaltungsstrukturen zur integriert-agilen Umsetzung der Agenda 2030 zu entwickeln und zu erproben.

Das Forschungsteam erarbeitete unter anderem eine umfassende Literatur- und Fallbeispielanalyse zu Erfolgskriterien und Hemmnissen für die Nachhaltigkeitstransformation in Kommunen – besonders mit Blick auf eine gelingende Governance. Die Analyse zeigte, dass Verwaltungen Nachhaltigkeitstransformation als bedeutende Aufgabe behandeln müssen, die nur durch intersektorale, querschnittsorientierte Zusammenarbeit gelöst werden kann. Darüber hinaus macht eine erfolgreiche Governance nicht an den Grenzen der jeweiligen Verwaltung halt, sondern bezieht alle relevanten Stakeholder mit ein.



Die in der Impulse-Reihe des Difu veröffentlichte Studie „dekliniert“ die grundlegenden Erkenntnisse für eine Reihe von Subsystemen in der Verwaltung durch und zeigt auf, mit welchen Hemmnissen gerechnet werden sollte. Zur inhaltlichen Validierung wurden die Ergebnisse der Literaturliteraturanalyse mit acht nationalen und internationalen Fallbeispielen abgeglichen.

Die Veröffentlichung liefert zahlreiche Anregungen, die in der kommunalen Praxis diskutiert und umgesetzt werden können. Darauf aufbauend gilt es, die in dem Band beschriebenen Kriterien in einen für die Verwaltung praktikablen Prozess bzw. in ein gangbares Organisationsmodell zu transferieren. Dieses sollte bestehende Transformationshemmnisse – z.B. zu stark sektorales Arbeiten in der Verwaltung – durch geeignete querschnittsorientierte Arbeitsgruppen/-weisen entgegenwirken, diese effizienteren politischen Entscheidungsprozessen gegenüberstellen und den Blick auch auf eine geeignete haushalterische Begleitung/Steuerung dieser Prozesse richten.

Kommunen haben eine zentrale Rolle bei der notwendigen 'Nachhaltigkeitstransformation', die lokal oft mit der Anpassung der Sustainable Development Goals (SDGs) startet. Wichtig ist die Integration der SDGs bei allen zu treffenden Entscheidungen, was die Kommunen vor enorme Herausforderungen stellt. Um hier Unterstützung zu leisten, beauftragte das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. gemeinsam mit der Stadt Detmold und dem Deutschen Institut

Im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts „Verwaltung 2030“ wurde dieser Gedanke aufgegriffen und gemeinsam mit der Stadt Detmold erprobt. Die konzeptionellen Grundlagen und ersten Erfahrungen können auch anderen Kommunen dabei helfen, die eigene Nachhaltigkeitstransformation voranzutreiben.



www.difu.de/18091
www.difu.de/15237



Dr. Stefan Schneider
 +49 30 39001-261
schneider@difu.de

Sustainable Finance – Zukunftsthema für Kommunen

Mit der „EU-Taxonomie“ wurde ein Prozess zur nachhaltigen Ausrichtung der Finanzmärkte angestoßen. Künftig werden wohl auch Kommunen einen Nachhaltigkeitsnachweis für Kreditfinanzierungen ihrer Investitionen gegenüber Banken erbringen müssen.

Angesichts der Auswirkungen des Klimawandels muss die sozial-ökologische Transformation der Kommunen und ihrer Infrastrukturen vorangetrieben werden. Mit ihrem Sustainable-Finance-Prozess will die EU durch eine Bündelung von privatem Kapital den Umbau der Wirtschaft beschleunigen und zugleich Wirtschaftswachstum sichern. Neue Berichts- und Nachweispflichten sollen für Transparenz über mögliche Umwelt- und Klimafolgeschäden sowie soziale Risiken für die Finanzmärkte sorgen. So müssen private Marktakteure, die die EU derzeit ausschließlich adressiert, zu ausgewählten wirtschaftlichen Aktivitäten einen Nachweis über den Grad der Nachhaltigkeit ihrer Investitionen erbringen. Auch für nachhaltige Finanzmarktprodukte gelten entsprechende Standards. Mit Blick auf die notwendigen, hohen Investitionen für Klimaschutz und -anpassung wird erwartet, dass auch Kommunen und ihre Versorgungsunternehmen berichtspflichtig werden. Schon heute nehmen Kreditgeber Nachhaltigkeitsabfragen bei kreditnehmenden Kommunen vor.

Daher hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) die Implikationen und Zielkonflikte des Sustainable-Finance-Prozesses analysiert und die Folgen für die Kommunen systematisch „durchdekliniert“. Daraus hat das Difu-Forschungsteam Empfehlungen für Bund, Länder und Kommunen abgeleitet. Das entsprechende Policy Paper gibt Impulse für den weiteren Rechtsetzungsprozess der EU und die Implementierung in Deutschland. So empfiehlt das Forschungsteam unter anderem, den noch nicht abgeschlossenen Sustainable-Finance-Prozess aktiv zu nutzen: Kommunen und ihre Spitzenverbände sollten im Verbund mit Banken, einschlägigen Verbänden, Wirtschaftsprüfungen und Finanzdienstleistern darauf hinwirken, dass die Praktikabilität der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Kommunen und die sie finanzierenden Banken gewahrt wird. Dazu muss das Verhältnis der unterschiedlichen Indikatorensysteme und komplexen Standards geklärt und in einem möglichst handhabbaren Rahmen zusammengeführt werden. Die gegenwärtigen Konkurrenzen der verschiedenen Rahmenwerke und Rechtsetzungsprozesse dürfen nicht dazu führen, dass jede Bank ihr eigenes Reporting-Instrument entwickelt, denn das erhöht die Unübersichtlichkeit für die Kommunen.

Den Schwerpunkt des Rechtsetzungsprozesses und der politischen Debatte zur EU-Taxonomie bilden derzeit vor allem ökologische Ziele. Die Erarbeitung einer sozialen Taxonomie wird voraussichtlich erst in der nächsten Legislaturperiode



Foto: Adobe Stock, Andrii

des Europäischen Parlaments ab Mai 2024 auf die politische Agenda gesetzt werden. Die Berücksichtigung der sozialen Dimension ist aber wichtig, da ein Großteil der kommunalen Daseinsvorsorge sozialpolitisch motiviert ist. Die ökologische Dimension sollte nicht zu Lasten der sozial Schwächeren ausgespielt werden.

Sustainable Finance zielt auf einen Nachhaltigkeitsnachweis für einzelne Projektfinanzierungen ab. Diese Logik würde jedoch einen Zielkonflikt mit dem kommunalen Haushaltsgrundsatz der Gesamtdeckung begründen. Danach sind grundsätzlich alle öffentlichen Einnahmen für sämtliche Ausgaben einsetzbar. Dementsprechend erfordert auch die Kreditaufnahme keinen expliziten Verwendungsnachweis für spezifische Investitionen. Dieser Konflikt ist zu lösen, ohne dass die Kommunen in ihrer Haushaltsautonomie über Gebühr eingeschränkt werden. Zudem sollte geprüft werden, ob „grüne Kredite“ (vollständig) auf die Verschuldung angerechnet werden müssen, wenn sie der Prüfung durch die Kommunalaufsichten der Länder unterliegen. Durch Ausnahmen ließe sich der Anteil nachhaltiger Investitionen womöglich deutlich steigern. Gleichwohl braucht es aber auch hierfür einen entsprechend fundierten Nachweis unter Verwendung geeigneter Kennzahlen und Indikatoren.



www.difu.de/18072
www.difu.de/18074



Frida von Zahn, M. Sc.
+49 30 39001-223
vonzahn@difu.de

Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sorgen für Entlastung

Maßnahmen der Verkehrsberuhigung führen oft zu erheblichen Diskussionen. Eine Difu-Analyse diverser Studien entkräftet die These des nur verlagerten Verkehrskollapses. Im Gegenteil, Verkehrsberuhigung führt sogar zu Entlastungseffekten im Straßenverkehr.



Umgesetzte Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sind sehr erfolgreich, aber heftig umstritten. Oft wird argumentiert, dass der Verkehr durch die Maßnahmen nicht abnimmt, sondern das benachbarte Straßennetz zusätzlich belastet. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat daher empirisch belegte Befunde aus zahlreichen nationalen und internationalen Projekten ausgewertet und die Ergebnisse dieser Studie als Difu-Policy-Paper „Verkehrsberuhigung: Entlastung statt Kollaps“ veröffentlicht. Die Difu-Analyse zeigt, dass die durch Verkehrsberuhigung befürchteten Auswirkungen in der Regel nicht eintreten. Die Untersuchungen wurden im Rahmen des von der Europäischen Union und dem Bundesforschungsministerium geförderten Forschungsprojekts „TuneOur-Block“ durchgeführt.

Die Studie verdeutlichte, dass vielmehr das Gegenteil der befürchteten Auswirkungen auftritt: Wer Straßen für den Pkw-Verkehr (aus)baut, erntet Verkehr, wer Straßen in verkehrsberuhigte Zonen umbaut, erntet Lebensqualität und zugleich Mobilität. Fast alle Erhebungen bestätigen das Phänomen der „traffic evaporation“, für das es bisher im Deutschen keinen treffenden Fachbegriff gibt. Es besagt, dass das Verkehrsaufkommen nicht wie Flüssigkeit eins zu eins an anderer Stelle abfließt, sondern sich insgesamt – im Anschluss an die Intervention und Straßenumgestaltung – verringert. Die Größenordnung der Verringerung liegt in

den analysierten Verkehrsberuhigungsprojekten in der Fläche zwischen 15 und 28 Prozent, bei Innenstädten zwischen 25 und 69 Prozent und im Umfeld einzelner umgestalteter Straßen zwischen 4 und 52 Prozent. Die Zahlen variieren je nach Projekt und Bezugsrahmen. Und obgleich die Messungen durchaus Verlagerungseffekte in angrenzende Straßen zeigen, so sind diese meist moderat, der befürchtete Verkehrskollaps bleibt fast immer aus. Dies liegt daran, dass nachweisbar mehr zu Fuß gegangen oder Fahrrad gefahren wird. Sind weniger Autos unterwegs, so wird der verbleibende Verkehr flüssiger und die neue Situation führt damit zu einem Gewinn für alle Verkehrsträger.

Die Untersuchung zeigt, dass Maßnahmen, die den Autoverkehr in den Kommunen „zähmen“, im erwünschtem Sinne wirken: Mehr Lebensqualität und weiterhin Mobilität. Daher gilt es, diese Ergebnisse auch in Kommunalpolitik und -verwaltung stärker zu berücksichtigen. Insbesondere in der Modellierung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sollten die beschriebenen Effekte berücksichtigt werden.

Das Difu-Policy-Paper über die Maßnahmen und Auswirkungen in deutschen und europäischen Städten steht online kostenfrei zum Download zur Verfügung.



www.difu.de/17996



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Radwege und Parkraummanagement: Schneller vom Plan in die Umsetzung

Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik für Agora Verkehrswende zeigt, wie Kommunen den teils schleppenden Ausbau von Radwegen sowie das Parkraummanagement beschleunigen können.

Der Ausbau von Radwegen sowie das Parkraummanagement in den Kommunen benötigt von der Planung bis zur Umsetzung bisher viel Zeit. Agora Verkehrswende beauftragte das Difu daher mit der Analyse der für die Umsetzung notwendigen Verwaltungsabläufe. Ziel war es zu ermitteln, welche Umsetzungshindernisse bestehen und warum einige Kommunen bereits zügig vorankommen. Die Analyse zeigt, dass die für vergleichbare Aufgaben benötigte Zeit von Kommune zu Kommune stark variiert. Als zentrale „Stellschrauben“, die das Tempo beeinflussen können, wurden folgende Aspekte identifiziert: kommunalpolitische Grundsatzbeschlüsse, engagierte Führungskräfte, spezialisiertes Projektmanagement, effizienter Personaleinsatz sowie Digitalisierung.

Die Studie zeigte auch, dass alle Städte mit demselben Hindernis zu kämpfen haben: Sie kämen schneller voran, wenn nicht der bundesrechtliche Rahmen aus Straßenverkehrsgesetz (StVG) und Straßenverkehrsordnung (StVO) aufwändige Begründungspflichten vorschreiben würde. Durch eine Reform des Straßenverkehrsrechts wäre es möglich, die Handlungsspielräume zu verbessern.

Ein Instrument hat die Kommunalpolitik selbst in der Hand: Beispielsweise Grundsatzbeschlüsse zur Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in definierten Stadtgebieten oder durchgängigen Radverkehrsnetze selbst fällen. Diese geben der Verwaltung einen klaren Auftrag, Rückendeckung und ersparen wiederkehrende Diskussionen und Beschlüsse für jede neue Maßnahme.

Auch die Verwaltung kann durch die Bündelung von Aufgaben und Entscheidungskompetenzen effizienter werden. So hat die Stadt Bielefeld ihre Behörden für Verkehrsplanung und Verkehrsrecht unter dem Dach eines Mobilitätsamts zusammengefasst. In Hamburg übernimmt der Landesbetrieb Verkehr fast alle Aufgaben für die Einführung und den Betrieb neuer Parkzonen.

Die durch den Fachkräftemangel unbesetzten Stellen verursachen einen weiteren Bearbeitungsstau. Die Difu-Studie offenbarte, dass Personal mit Ingenieurs- oder Verkehrsplanungsausbildung bisher auch Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerbeteiligung oder Koordinierung übernehmen muss. Oft steht nur ein Drittel ihrer Arbeitszeit für die tatsächliche Radverkehrsplanung zur Verfügung. Zusätzliches Personal für die Kommunikation und Administration könnten entlasten und für eine effektivere Nutzung dieses Know-hows sorgen.

Viele Aufgaben der Kommunen sind ohne den Einsatz digitaler Tools kaum noch zu bewältigen. Cloudbasiertes Datenmanagement und Geoinformationssysteme verbessern das interne Wissensmanagement und die Transparenz nach außen. Sie entlasten die Ämter bei der großen Zahl parlamentarischer Anfragen, helfen Bürger*innen sich zu informieren und zu beteiligen. Bei der Parkraumbewirtschaftung könnten die digitale Ausstellung von Bewohnerparkausweisen sowie digital unterstützte Kontrollen mithilfe sogenannter Scan-Cars – die derzeit in Deutschland rechtlich nicht erlaubt sind – Arbeitszeit und Personal sparen.



www.difu.de/18118
www.difu.de/18120



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Sustainable Finance

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

Sustainable Finance – übersetzt etwa „nachhaltige Finanzwirtschaft“ bzw. „nachhaltige Finanzierung“ – ist ein Ansatz, der das Ziel verfolgt, privates Kapital in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten zu lenken, ökologische und soziale Risiken für Kapitalgeber und Kapitalnehmer zu reduzieren und Wirtschaftswachstum langfristig zu sichern.

Dazu hat die Europäische Union 2020 eine Sustainable-Finance-Taxonomie verabschiedet, die derzeit sechs Umweltziele und diverse Kriterienkataloge definiert, unter welchen Bedingungen wirtschaftliche Aktivitäten als nachhaltig bezeichnet werden können.

„Durch Sustainable Finance sollen ökologische und soziale Risiken für Kapitalgeber und Kapitalnehmer reduziert und das Wirtschaftswachstum langfristig gesichert werden.“

Seit 2023 müssen zunächst Unternehmen ab einer bestimmten Größe Auskunft über die Taxonomie-Konformität ihrer Wirtschaftsaktivitäten sowie etwaige Nachhaltigkeitsrisiken geben. Auch Banken unterliegen neuen Berichtspflichten – sie müssen den Anteil an ihrem Gesamtportfolio ausweisen, der für nachhaltig finanzierte Wirtschaftsaktivitäten („Green Asset Ratio“) aufgewandt wird.

Kommunen sind bis dato mittelbar von Sustainable Finance betroffen, obwohl sie eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele auf lokaler Ebene spielen. Durch Investitionen in nachhaltige Infrastrukturprojekte, wie beispielsweise erneuerbare Energien oder öffentliche Verkehrssysteme, leisten auch sie einen direkten Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation. Vor diesem Hintergrund beginnen Banken, die im kommunalen Kreditgeschäft aktiv sind, auch bei Städten, Landkreisen und Gemeinden sowie bei öffentlichen Unternehmen in ihrem Besitz einen Nachweis einzuholen, inwieweit sie ihre Investitionskredite für nachhaltige Vorhaben einsetzen. Auch die EU knüpft die Vergabe von Fördermitteln an Kommunen inzwischen an einen Nachhaltigkeitsnachweis.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, vierfarbig, zahlreiche Fotos, 168 S., 34 €

ISBN 978-3-88118-680-3

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.)

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9

➔ www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0

➔ www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes – Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., 39 Euro

ISBN 978-3-88118-682-7, eBook 33,99 Euro

➔ www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

➔ www.difu.de/9055

Difu Impulse

Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen **NEU**

Das Projekt „reGIOcycle“ – 1. Teil Forschungsphase (2020–2023)

Maic Verbücheln u.a.

Bd. 11/2023, 51 S., nur online

➔ www.difu.de/18189

Nachhaltigkeitshaushalt und Nachhaltigkeitsrendite **NEU**

Instrumente für die strategische Orientierung im kommunalen Haushalt

Oliver Peters, Christian Raffer, Henrik Scheller,

Busso Grabow, Carsten Kühl

Bd. 10/2023, 80 S., nur online

➔ www.difu.de/18094

Fachexperten-Gespräche 2023 zur Modernisierung des Städtebaurechts **NEU**

Sondergutachten im Rahmen des KfW-Kommunalpanels

Arno Bunzel, Magnus Krusenotto, BBSR (AG)

Bd. 9/2023, 207 S., nur online

➔ www.difu.de/18086

Erfolgreiche Nachhaltigkeitstransformation in der Kommunalverwaltung **NEU**

Organizational change im öffentlichen Sektor – inhaltliche Dimensionen, Hürden und Erfolgsbedingungen

C. Raffer, F. Buchmann, S. Schneider

Bd. 8/2023, 78 S., nur online

➔ www.difu.de/18091

Investitionsbedarfe für ein nachhaltiges Verkehrssystem **NEU**

Schwerpunkt kommunale Netze

Wulf-Holger Arndt, Stefan Schneider

Bd. 7/2023, 106 S., nur online

➔ www.difu.de/18037

Kommunale Sportstätten und ihr Beitrag zur Erreichung der deutschen Klimaziele

Ansätze und Herausforderungen **NEU**

K. Lindt, C. Raffer, H. Scheller, L. Thieme

Bd. 6/2023, 26 S., nur online

➔ www.difu.de/18031

Nichtmonetäre Investitionshemmnisse der Kommunen – Herausforderungen und Reformansätze **NEU**

Evaluation von Hochbau-Beratungsprojekten aus dem Ressortforschungsvorhaben „Investitionsberatungsauftrag“

Henrik Scheller, Christian Raffer

Bd. 5/2023, 101 S., nur online

➔ www.difu.de/18025

Kommunale Investitionen in Klimaschutz und -anpassung: finanzielle Dimensionen und Rolle der Kämmergeien

Sondergutachten im Rahmen des KfW-Kommunalpanels

Christian Raffer

Bd. 4/2023, 43 S., nur online

➔ www.difu.de/17860

Difu-Policy Papers

Sustainable Finance für Kommunen

Themenfelder, Berührungspunkte und Zielkonflikte **NEU**

H. Scheller, C. Raffer, F. von Zahn, O. Peters

Bd. 3/2023, 29 S., nur online

➔ www.difu.de/18058

Verkehrsberuhigung: Entlastung statt Kollaps! **NEU**

Maßnahmen und ihre Wirkungen in deutschen und europäischen Städten

Uta Bauer, Sonja Bettge, Thomas Stein

Bd. 2/2023, 15 S., nur online

➔ www.difu.de/17996

Die Flächennutzungsplanung fit machen für die Innenentwicklung

Arno Bunzel, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Magnus Krusenotto

Bd. 1/2023, 22 S., nur online

➔ www.difu.de/17845

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Sonderveröffentlichungen

KLIMA.PROFIT **NEU**

Stadt und Unternehmen im Dialog. Klimaanpassung in Bestandsgewerbegebieten unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Wertschöpfung und Zukunftsfähigkeit

Maic Verbücheln u.a.

2023, 41 S., nur online

➔ www.difu.de/18171

Vom Plan auf die Straße **NEU**

Wie Kommunen den Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur und Parkraummanagement beschleunigen können

T. Stein, U. Bauer, Agora Verkehrswende (Hrsg.)

2023, 41 S., nur online

➔ www.difu.de/18118

Datenstrategien in Kommunen **NEU**

Handlungsempfehlungen zur praktischen Umsetzung

Jana Helder, Jens Libbe, Dimitri Ravin, BBSR (Hrsg.)

2023, 52 S., nur online

➔ www.difu.de/18102

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Energieautarke Kläranlage **NEU**

Difu (Hrsg.), Mascha Overath, Paul Ratz

2023, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/18078

Klimascouts verankern **NEU**

Planung, Umsetzung, Etablierung

Difu (Hrsg.), Marco Peters, Paul Ratz, Björn Weber

2023, 15 S., nur online

➔ www.difu.de/18066

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Kommunale Holzstrategie **NEU**

Difu (Hrsg.), Mascha Overath, Paul Ratz

2023, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/18027

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Freiflächen-Solarthermie für die Wärmewende **NEU**

Difu (Hrsg.), Paul Ratz

2023, 8. S., nur online

➔ www.difu.de/17994

Kommunale Wärmeplanung in kleinen Kommunen – Antworten auf 10 wichtige Fragen **NEU**

Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz (AKK) (Hrsg.), Difu (Hrsg.)

2023, 10 S., nur online

➔ www.difu.de/17964

OB-Barometer 2023

Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig

2023, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/17892

Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen

Oliver Peters, Henrik Scheller, Amelie Ruddek, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

2023, 116 S., nur online

➔ www.difu.de/17948

Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung

Jan Abt u.a., UBA (Hrsg.)

2023, 112 S., nur online

➔ www.difu.de/17929

KfW-Kommunalpanel 2023

C. Raffer, H. Scheller, KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2023, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/17899

Stadtnatur erfassen, schützen, entwickeln: Orientierungswerte und Kenngrößen für das öffentliche Grün

Naturschutzfachliche Begleitung der Umsetzung des Masterplans Stadtnatur

Peter Blum, Christa Böhme, Christina Kühnau, Markus Reinke, Luise Willen, BfN (Hrsg.)

2023, 240 S., ISBN 978-3-89624-414-7

➔ www.difu.de/17898

Fokus: Die ersten 100 Tage als Klimaschutzmanager*in (2. Auflage)

Felix Braun, Julius Hagelstange, Petra Reinecke, Agentur für Kommunalen Klimaschutz (Hrsg.), BMWK (Auftraggeber)

2023, 19 S., nur online

➔ www.difu.de/17878

Praxisleitfaden: Klimaschutz in Kommunen 4., aktualisierte Auflage

Agentur für Kommunalen Klimaschutz, Difu (Hrsg.)

2023, 344 S., ISBN 978-3-88118-683-4

➔ www.difu.de/17826

Resilienz in der Smart City

Wie Kommunen besser mit Krisen umgehen und proaktiv eine nachhaltige Zukunft gestalten können

Julia Diring u.a., BBSR (Hrsg.)

2023, 55 S., ISBN 978-3-98655-027-1

➔ www.difu.de/17817

Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis

Thomas Preuß u.a., UBA (Hrsg.)

2023, 68 S., nur online

➔ www.difu.de/17743

Aufbau und Erhalt blau-grün-grauer Infrastrukturen für die kommunale Klimaanpassung

Fallbeispiele, Konstellationen und Kooperationsmanagement

Jan Hendrik Trapp u.a.

2023, 71 S., nur online

➔ www.difu.de/17674

Dreifache Innenentwicklung

Definition, Aufgaben und Chancen für eine umweltorientierte Stadtentwicklung

D. Michalski, T. Preuß u.a., UBA (Hrsg.)

2022, 20 S., nur online

➔ www.difu.de/17687

Kommunales Integrationsmonitoring

Bettina Reimann und Beate Hollbach-Grömig

2022, 45 S., nur online

➔ www.difu.de/17660

E-Tretroller in Städten

Nutzung, Konflikte und kommunale Handlungsmöglichkeiten

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)

2022, 50 S.

➔ www.difu.de/17613

Klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung: von europäischen Städten lernen

B. Weber, J. Gies, M. Hertel, P. Ratz

2022, 84 S., ISBN 978-3-88118-688-9, nur online

➔ www.difu.de/17531

Frischer Wind in die Innenstädte

Julia Diring, Ricarda Pätzold, Jan Hendrik Trapp, Sandra Wagner-Endres

2022, 73 S., ISBN 978-3-88118-687-2, nur online

➔ www.difu.de/17532

Bauland mobilisieren und schaffen – Strategien und Instrumente für mehr Wohnungsbau

Difu und vhw (Hrsg.)

2022, 192 S., ISBN 978-3-88118-686-5, nur online

➔ www.difu.de/17502

Was hemmt die Umsetzung der kommunalen Radverkehrsplanung?

Thomas Stein, Tobias Klein, Sandra Lindner

2022, 39 S., nur online

➔ www.difu.de/17420

Zeitschrift

Stadtrevier. Polizei und Sicherheit in urbanen Räumen **NEU**

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2023, 168 S.

Einzelheft 12 Euro

➔ www.difu.de/publikationen

Stadt und Inflation

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 1/2023, 168 S.

Einzelheft 12 Euro

➔ www.difu.de/17864



Foto: Marcus Sielaff, Difu

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt die Fortbildung, moderiert den hilfreichen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwenderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Zuwender bezahlen stark reduzierte Beiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot deutlich ausgeweitet: Für Zuwender bietet das Difu exklusiv und kostenfrei Online-Impulsvorträge mit anschließendem Austausch/Diskussion.

➔ www.difu.de/17143

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwender.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwender werden vom Difu beispielsweise als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Auch Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwender teils günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwender zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwenderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwender erhalten die Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen auch digital an. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

Zugang in Difu-Literaturdatenbank und Repository

Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Das Repository ist der Publikationsserver des Difu. Er enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst.

➔ <https://repository.difu.de>

Ausführlichere Infos über Zuwender-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwenderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Wissensmanagement
und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin www.difu.de

Redaktion Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin, Johanna Klauack, Tillmann Kornmesser, Gesine Wolf

Gestaltungskonzept 3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout Vera Gutofski

Fotos Coverbild: Adobe Stock, Golib Tolibov (KI-generiert) Fotos ohne Quellenangabe sind von www.pixabay.com, www.unsplash.com, oder www.qimby.net.

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler Difu-Pressestelle Tel. +49 30 39001-208, Fax -130 presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise Jahrgang 49/vierteljährlich ISSN 1439-6343 Stand: 10.12.2023

Druck oeding print GmbH, Braunschweig. Gedruckt auf FSC Recyclingpapier/Blauer Engel

Nutzung der Beiträge: Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 4/2023. Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und auch auf den verschiedenen Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen seiner Projektarbeit betreibt: www.difu.de www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist leicht: 1.) Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme eintragen. 2.) Mail an presse@difu.de schicken und mitteilen, welche Postadresse wir löschen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück. www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme) www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“ Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über ausgewählte Inhalte auf der Difu-Homepage. www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Die Difu-Publikationen stehen überwiegend kostenfrei zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Einige können als Printexemplar käuflich erworben werden. www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ online an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst. www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social Media-Kanäle

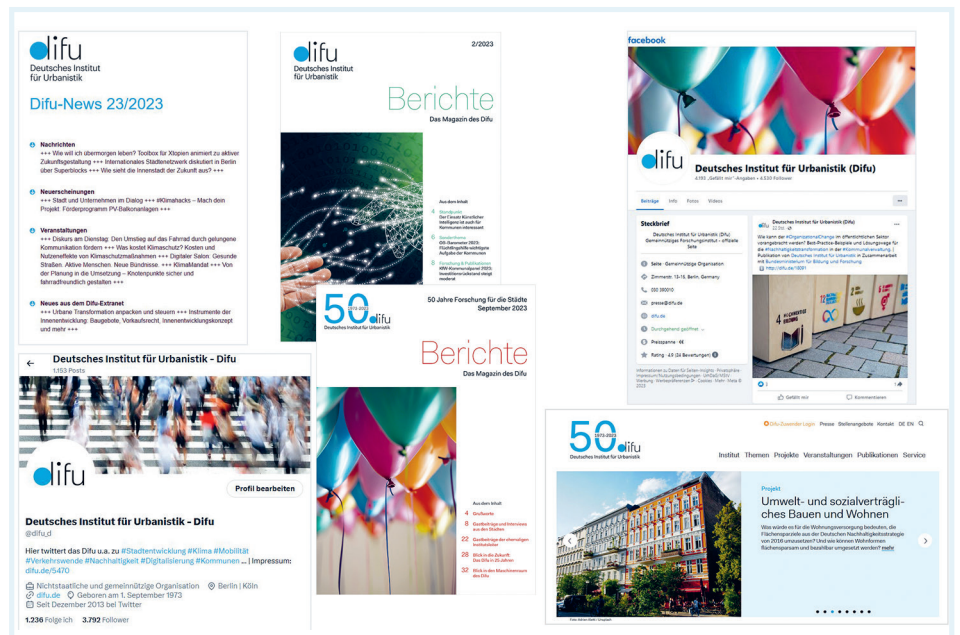
Über Facebook und Twitter kommuniziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube live verfolgt oder „nachgesehen“ werden: www.facebook.com/difu.de www.twitter.com/difu_d www.youtube.com/@difu www.t1p.de/r2u2x (Linkedin)

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut. www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen informieren in Echtzeit. www.difu.de/15162



Bildcollage: Difu

Stadt der Viertelstunde

Unter welchen Voraussetzungen sie funktioniert und wann nahräumliche Angebote tatsächlich genutzt werden.



Stadt der Viertelstunde



www.difu.de/17972



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Das Projekt „Die Stadt der Viertelstunde“ greift eine aktuelle Diskussion der Stadtentwicklung auf. Ziel des relativ neuen Leitbildes ist es, möglichst viele Funktionen des täglichen Lebens räumlich so zu organisieren, dass sie innerhalb einer Wegezeit von bis zu 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erreichen sind. Eine Reihe von Städten weltweit und auch in Deutschland setzten das Leitbild bereits programmatisch oder sogar faktisch um. In einigen Städten erfolgt die Umsetzung teilweise unter anderen Vorzeichen und Begriffen, bedient aber die Ziele der Viertelstundenstadt. So werden viele neue Stadtteile mit anspruchsvollen Mobilitätskonzepten geplant und realisiert (z.B. Freiam in München, Dietenbach in Freiburg, Hamburg-Billwerder). Auch im Bestand findet das Konzept der „Superblocks“ viele Nachahmer (Superbüttel in Hamburg, Kiezblock in Berlin, Supergrätzl in Wien).

Konkret wird im Projekt untersucht, wie der Status quo der „Stadt der Viertelstunde“ bundesweit mit einem geeigneten Maß erfasst werden kann und wie sich die Situation in Deutschland mit dem angewendeten Verfahren tatsächlich darstellt; wie die „Stadt der Viertelstunde“ im Alltagsverhalten der Bevölkerung in ausgewählten Fallstudienstädten tatsächlich gelebt wird und welche Empfehlungen für die verschiedenen Akteure auf unterschiedlichen räumlichen Planungs- und Verwaltungsebenen in Deutschland aus der empirischen Analyse ableitbar sind. Die Ergebnisse werden zu Handlungsempfehlungen für unterschiedliche räumliche Ebenen aufbereitet. Durchgeführt wird das vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) geförderte Projekt von S&W Stadt- und Regionalforschung, Difu und dem Forschungsbüro Scheiner.

Mobilitätswende beschleunigen



www.difu.de/18009



Dr. Michaela Christ
+49 30 39001-106
christ@difu.de

Mobilitätswende beschleunigen

Auf dem Weg zu einer besseren Radverkehrsinfrastruktur: neue Coachingformate für Kommunen



Foto: Adobe Stock, azureus70

Bessere Radverkehrsinfrastruktur und lückenlose Radverkehrsnetze sind für die Mobilitätswende wichtig. Daher setzt das Difu mit weiteren Partnern ein Forschungsprojekt um, das Kommunen hilft, Radverkehrskonzepte zu realisieren, Kommunikations-, Entscheidungs- und Umsetzungswege zu hinterfragen und anzupassen. Die Studie wird vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) gefördert.

Welche Verfahren können schnell in Kommunalverwaltungen etabliert werden, die die Realisierung von Radverkehrsprojekten beschleunigen? In einem am „Design Thinking“ angelehnten Vorgehen erarbeitet das Projektteam zusammen mit Fachleuten aus Kommunalverwaltungen unterschiedlicher Größe und weiteren Expert*innen mögliche Lösungen. Darauf aufbauend wird ein sogenannter Prototyp entwickelt, der in einer einjährigen Testphase konkrete Ergebnisse zur Planungsbeschleunigung liefern soll. Die zum Einsatz gebrachten Methoden und Elemente orientieren sich am Collaborative-Learning-Ansatz. Hierbei stehen die späteren Nutzer*innen im Mittelpunkt, die Inhalte und Ergebnisse von Anfang an praxisnah und lokalspezifisch selbst mitentwerfen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit der kommunalen Akteure zwischen den im Projekt angebotenen Modulen. So sollen die Beteiligten ein selbstständig wachsendes Innovationscluster bilden, das auch nach Beendigung der Projektlaufzeit wächst und die erarbeiteten Beschleunigungsverfahren in die kommunale „Radverkehrsfamilie“ weitergibt und diese immer weiter verbessert. Im Ergebnis sollen neue Coachingformate für Kommunen entstehen, die sich von klassischer Wissensvermittlung unterscheiden.

Regulative Baukultur

Baukultur macht Städte lebenswert. Welche Potenziale birgt das Baurecht für die Qualität des gestalteten Raums?

Regulative Baukultur



www.difu.de/18010



Ass.iur.
Magnus Krusenotto
+49 30 39001-157
krusenotto@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Über die Bedeutung guter Baukultur sind sich – zumindest in der Theorie – alle am Diskussionsprozess Beteiligten und Interessierten einig. Die eigentliche Herausforderung für die Implementierung von Baukultur und die Fortentwicklung des Bauwesens stellt sich allerdings im Alltag – (gute) Baukultur findet in den allermeisten Fällen nicht von selbst statt. Seit mehreren Jahren wird daher diskutiert, wie ein Mehr an Baukultur nicht nur in herausgehobenen Fällen, sondern in das alltägliche Bauwesen eingebracht werden kann. Von allein scheinen gute gebaute Beispiele und die Fachdiskussion nicht die gewünschte Reichweite zu erzielen. Braucht es daher eine Erweiterung des gesetzlichen Rahmens, um Baukultur verpflichtend zu verankern, oder schränkt vielmehr die Vielzahl von Normen und Regeln in Baugesetzbuch und Bauordnungsrecht die Kreativität und damit die qualitätvolle und innovative Gestaltung der gebauten Umwelt ein?

Im Rahmen des Vorhabens sollen geeignete baukulturelle Instrumente des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts identifiziert und anhand kommunaler Praxisbeispiele vertieft betrachtet werden, um Möglichkeiten, aber auch Grenzen des Baurechts in Bezug auf eine baukulturell ansprechende Bebauung aufzuzeigen. Dabei gilt es, Lücken im Gesetz oder aber etwaigen Deregulierungsbedarf festzustellen, damit baukulturelle Planungs- und Bauprozesse künftig bestmöglich gefördert werden.

Das Difu führt das Projekt im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) durch.

Planspiel zur BauGB-Novelle



www.difu.de/18114



Ass.iur.
Magnus Krusenotto
+49 30 39001-157
krusenotto@difu.de

Planspiel zur BauGB-Novelle

Im Planspiel wird getestet, wie sich geplante Neuregelungen in der Praxis der Kommunen auswirken würden.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Die Bundesregierung plant eine Weiterentwicklung des Städtebaurechts. Hierzu hat das Difu bereits eine Gesprächsreihe im Auftrag des Bundesbauministeriums durchgeführt. Das Difu begleitet den Prozess in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen (BMWSB) im Rahmen eines Forschungsprojekts. Darin werden die vorgesehenen Neuregelungen einem Praxistest unterzogen. Ziel der Untersuchung ist eine vorausschauende Gesetzesfolgenabschätzung.

Der vom BMWSB vorgelegte Gesetzentwurf wird durch sechs bis acht Kommunen mit Blick auf konkrete Fälle angewendet. Dabei wird auf die bewährte Methode „Planspiel“ zurückgegriffen. Die Methode beinhaltet ein Verfahren, mit dem der Entwurf einer Rechtsvorschrift oder ausgewählte Teile im Hinblick auf bestimmte Prüfkriterien in einem wirklichkeitsnahen Testfeld so zur Anwendung gebracht werden, als ob die geplanten Normen schon in Kraft wären.

Mit dieser bei vielen Gesetzgebungsverfahren erprobten Methode wird überprüft, ob und inwieweit die geplanten Regelungen des Gesetzentwurfs praktikabel, problemadäquat und wirksam sind. Dabei sollen Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Verbesserung frühzeitig erkannt werden. Überprüft werden folgende Aspekte: Ausrichtung der Regelungsvorschläge auf das jeweils vorgegebene Ziel, Verständlichkeit und Eindeutigkeit, Praktikabilität vorgesehener Verfahrensabläufe, Identifizierung möglicher Anwendungsprobleme sowie Erkenntnisse zur Optimierung der Gesetzesformulierungen. Die Ergebnisse des Planspiels sollen im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren Berücksichtigung finden.



Foto: Adobe Stock, David

Präsenz- und Online-Fortbildungen zu allen kommunal relevanten Themen

Neben dem Input der Fachleute aus dem Difu und seinem Netzwerk stehen bei Difu-Veranstaltungen Erfahrungsaustausch und die Vernetzung der Teilnehmenden untereinander im Fokus. Schließlich geben Input und Erfahrungsaustausch aus den Seminaren wichtige Impulse für die weitere Arbeit: Sie sorgen dafür, dass das Institut neu auftretende Herausforderungen der Kommunen frühzeitig erkennt und diese in die Forschungs- und Fortbildungsplanung integriert.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Difu-Website zu werfen, den E-Mail-Newsletter "Difu-News" zu abonnieren oder dem Difu in den sozialen Medien zu folgen: Auf der Website ist das gesamte Veranstaltungsangebot stets aktuell zu finden – sowohl hauseigene Seminare und Veranstaltungen als auch Veranstaltungen, die das Institut im Rahmen seiner Difu-Forschungs- und Wissenstransferprojekte durchführt.

Difu-Zuwanderstädte profitieren von den besonders günstigen Zuwendertarifen. Auch die im Rahmen von Projekten geförderten Veranstaltungen sind oft sehr kostengünstig. Dazu gehören beispielsweise die Veranstaltungen des Mobilitätsforum Bund, des Zentrums KlimaAnpassung, der Agentur für Klimaschutz oder des Dialogforums Bund zum Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe. Kostenfrei ist der Besuch der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“, der traditionell im "Wintersemester" digital stattfindet.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Veranstaltungsvorschau (Auswahl)

Agentur-Online: Die Kommunalrichtlinie im Überblick

Kommunaler Klimaschutz
24. Januar 2024, online
➔ www.difu.de/18177

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune – Datenbeschaffung

Kommunaler Klimaschutz
30. Januar 2024, online
➔ www.difu.de/18121

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune – Klimachecks

Kommunaler Klimaschutz
20. Februar 2024, online
➔ www.difu.de/18106

Nachhaltig für morgen sorgen – Wege zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung

Difu-Seminar
26.–27. Februar 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18128

Innerstädtische Flächen mehrfach nutzen Planungsrechtliche Herausforderungen von multicodierten Räumen

29. Februar - 1. März 2024, online
➔ www.difu.de/18129

Mein Freund, der Stadtbaum – Nachverdichtung, Brandschutz und Klimaanpassung

Difu-Seminar
11.–12. März 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18130

Der Weg zur Haltestelle – Ein unterschätztes Potenzial für den ÖPNV

Difu-Seminar
15. März 2024, online
➔ www.difu.de/18131

Von Baulandbeschluss bis Zwischenerwerb – Kommunale Stellschrauben und Partner in der Bodenpolitik

Difu-Seminar
18.–19. März 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18132

„Das heilige Blechle“ – Wie kann Stellplatzplanung gelingen?

Difu-Seminar
11.–12. April 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18133

Die Lastenradfreundliche Kommune – Nachhaltige Mobilität auf der letzten Meile gestalten – für Gewerbe und privat

Difu-Seminar
18.–19. April 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18134

Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – integriert, kooperativ, proaktiv

Difu-Seminar
25.–26. April 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18135

Wirkungsabschätzung von Nachhaltigkeitspolitik

Difu-Seminar
6.–7. Mai 2024, online
➔ www.difu.de/18136

Nachhaltige Lösungen für Bestandsquartiere

Difu-Seminar
13.–14. Mai 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18137

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusive.de

Agentur für Kommunalen Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/de/agentur

Zentrum KlimaAnpassung

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund

➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Difu-Jubiläum: 50 Jahre Forschung für die Zukunft der Städte

Seit 1973 unterstützt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) die nachhaltige Entwicklung der Kommunen durch Forschung, Fortbildung und Beratung. Grund genug, diesen besonderen Meilenstein mit Wegbegleiter*innen in einer Jubiläumskonferenz zu feiern.

Seinen runden Geburtstag nahm das Difu am 7. September 2023 zum Anlass, zentrale Herausforderungen der Städte gemeinsam mit vielen seiner Wegbegleiter*innen zu reflektieren und einen Blick in die Zukunft zu werfen. Die Gäste kamen aus Kommunen, aus der Bundes- und Landesebene, aus Politik, Wissenschaft, Verbänden,

verbundene epochale Transformation für die Städte ging es im zweiten Podium, angeregt durch die Keynote von Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Eine weitere Podiumsrunde ging schließlich Fragen der Stadtforschung für die Städte von morgen nach. Die Inputs aus unterschiedlichen institutionellen Perspektiven und zu verschiedenen fachlichen Themen regten im Anschluss an den Stehtischen zu Erfahrungsaustausch und Vernetzung an.

Der von Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl eröffnete Abendempfang startete mit Grußworten der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene: Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig sowie Stephan Machulik, Staatssekretär für Wohnen und Mieterschutz in der Berliner Senatsverwaltung, unterstrichen aus ihrer jeweiligen institutionellen Perspektive den Wert der Difu-Forschung und -Fortbildung für die Kommunen. Ein besonderer Programmpunkt war auch die Talkrunde mit den ehemaligen Difu-Institutsleitern Prof. Dr. Heinrich Mäding, Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann und Prof. Martin zur Nedden, die das Difu von 1992 bis 2018 leiteten.

Am Folgetag konferierten die Städtevertreter*innen aus den Difu-Zuwanderstädten bei ihrem Jahrestreffen über Quartiere für die Zukunft.

Mehr Informationen über Jubiläum und Difu-Jahrestreffen stehen online bereit.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu



Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, betont in ihrer Rede anlässlich des Difu-Jubiläums die Wichtigkeit des Wissens aus der Forschung für eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen.

Medien – und last, but not least natürlich auch aus dem Difu selbst. Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl und die anwesenden (Ex-)Mitarbeiter*innen freuten sich über die zahlreich versammelte kommunal-affine Prominenz im Berliner Radialsystem, allen voran die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz.

Die in den Grußworten von Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Staatssekretär Dr. Rolf Bösinger, Bundesbauministerium, und Prof. em. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des Difu, einhellig betonte hohe Wertschätzung der Difu-Arbeit war für die (Ex-)Mitarbeitenden eine mit Freude wahrgenommene Bestätigung ihrer langjährigen Aktivitäten im Sinne „der kommunalen Sache“.

In drei Podiumsrunden ging es um hochaktuelle Themen: Etwa die Herkulesaufgabe der Kommunen, in Zeiten kumulierender Krisen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Keynote hierzu hielt Prof. Dr. Guido Spars, Gründungsdirektor der Bundesstiftung Bauakademie, Berlin. Um Antworten auf den Klimawandel und die damit



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu



www.difu.de/50-jahre-difu



Johanna Klauck
Tillmann Kornmesser
pressestelle@difu.de

Neue Gebühren und Konzepte fürs Parken im Quartier

Parkraummanagement und -bewirtschaftung sind zentrale Stellschrauben für die Verkehrswende. Seit kurzem können Kommunen die Gebührensätze für das Bewohnerparken selbst festlegen – Seminar zur Umsetzung in der kommunalen Praxis.

Freiburg im Breisgau war eine der ersten Städte in Deutschland, die die Gebühren für das Bewohnerparken deutlich angehoben hat. Seitdem ist ein Rückgang von Anträgen auf Bewohnerparkausweise zu verzeichnen. Vermutlich hat das mehrere Gründe: verstärkte Nutzung eigener Stellplätze auf Privatgrundstücken, Parken in angrenzenden Gebieten ohne Bewirtschaftung, weniger Missbrauch – denn die Anträge zur Entfernung unberechtigt parkender Fahrzeuge gingen überproportional zurück. Zudem zeigt sich, dass dauerhaft abgestellte Fahrzeuge aus dem Straßenraum verschwinden. Ein weiterer Effekt: Durch weniger ausgestellte Parkausweise waren die erhofften Mehreinnahmen geringer als erwartet.

Die Diskussion im Difu-Seminar offenbarte, dass viele Teilnehmende die momentanen Regeln des Bewohnerparkens kritisch sehen: Der für die Einrichtung einer Parkraumbewirtschaftung notwendige Nachweis des Parkdrucks ist zeitaufwändig und unzeitgemäß. Wenn die Nutzung knappen öffentlichen Raums für das Parken einen Preis haben soll, dann wären flächendeckende Lösungen und mehr Spielraum für lokale Maßnahmen sinnvoller. Die Stadt Landau verzichtet beispielsweise auf Privilegien für Anwohnende und das „Bewohnerparken“. Dort werden flächendeckend Kurzzeitparkzonen ausgewiesen und Anwohnende zahlen die gleichen Preise wie andere Nutzungsgruppen. Ein Jahresticket kostet in der Innenstadt 300 Euro, in den Wohngebieten 180 Euro. Ob solche Strategien auf Großstädte übertragbar wären, ist zu prüfen.

Enormer Parkdruck im Straßenraum und tageszeitabhängig unausgelastete Stellplätze in Parkhäusern oder auf Supermarktparkplätzen betreffen oft dieselben Gebiete. Die Stadt Düsseldorf möchte das Parken vom öffentlichen stärker in den privaten Raum verlagern und entwickelt Ideen, freie Kapazitäten in den Abend- und Nachtstunden für Anwohnende nutzbar zu machen. Zugangskontrolle, Abrechnung und Verkehrssicherungsregeln inzwischen spezialisierte Dienstleister. Allerdings ist der nächtliche Lärmschutz zu beachten, womit im Regelfall eine Änderung der Baugenehmigung erforderlich wird. Gemeinsam mit den Flächeneigentümern wird an vereinfachten Verfahren für eine effizientere Nutzung gearbeitet. Die Stadt prüft und öffnet ihre städtischen

Liegenschaften für eine Mehrfachnutzung der Stellplätze.

Die Mehrfachbelegung von Parkplätzen ist auch bei geplanten Quartiersgaragen ein zentrales Thema, wie das Beispiel des neu geplanten Stadtteils Dietenbach in Freiburg zeigt. Die Mehrfachnutzung durch Anwohnende, Besucher*innen, Gewerbe, Büros, Schulen und Kitas zu verschiedenen Tageszeiten soll nicht nur die Wirtschaftlichkeit sicherstellen, sondern auch den öffentlichen Raum von parkenden Fahrzeugen entlasten. Gleichwohl müssen für die Planung von Quartiersgaragen noch viele Fragen beantwortet werden, insbesondere zum Betrieb und zur Finanzierung.



Eine effiziente Parkraumkontrolle ist Voraussetzung für eine wirkungsvolle Parkraumbewirtschaftung. Bis in Deutschland die Überwachung der Parkregeln durch „Scan-Cars“ möglich ist, kämpfen die Ordnungsämter mit Personalmangel. Geringe Bezahlung, Wetterbedingungen und Auseinandersetzungen mit Falschparkenden führen zu geringer Arbeitsplatzbindung, hohen Fehlzeiten und Fluktuation. Lösungen sind rar. Die Stadt Landau beschäftigt temporär auch Studierende oder Senior*innen. In der Stadt Neuss wird versucht, Personal durch unvorhersehbare Kontrollzeiten möglichst effizient einzusetzen. In Wiesbaden stattet das Verkehrsunternehmen ESWE Linienbusse mit einem Frontkamera-System aus und dokumentiert Falschparkende auf Bus- und Umweltschulden oder in Haltestellenbereichen mittels Fotobeweis.

Ob die angekündigte Erleichterung bei der Ausweisung von Parkraumbewirtschaftungszonen kommt, muss die Zukunft zeigen.



www.difu.de/18084



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

So sieht ausgezeichnete Klimaschutz aus

Insgesamt 250.000 Euro Preisgeld für die Landeshauptstädte Düsseldorf und Stuttgart, die Städte Gudensberg, Freiburg im Breisgau und Osnabrück, die Gemeinden Furth, Großbardorf und Straubenhardt, den Bezirk Hamburg-Nord und den Landkreis Haßberge.

Wettbewerbe sind wichtig: Sie honorieren Engagement und motivieren zum Weitermachen. Beim Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune 2023“ standen daher am 16. November 2023 zehn herausragende Beispiele aus Städten, Gemeinden und Landkreisen bei der Preisverleihung auf der Kommunalen Klimakonferenz in Berlin im Rampenlicht. Die Prämierten können sich über je 25.000 Euro freuen und diese gleich für weitere Klimaaktivitäten nutzen. Die Preise übergab Stefan Wenzel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gemeinsam mit Cornelia Rösler, Leiterin des Bereichs Umwelt beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Der Diplom-Meteorologe Sven Plöger moderierte die Veranstaltung.



Foto: Peter Himesel/Difu

weiter verstärken wollen.“ Cornelia Rösler wies auf die erfreulich umfangreiche Bandbreite des kommunalen Engagements für das Klima hin: „Ob es um Ressourcen- und Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Kooperationen mit der Wirtschaft oder Klimaschutz in sozialen Einrichtungen geht, die Kommunen haben etwas zu bieten. Gleich drei der vier Wettbewerbskategorien waren in diesem Jahr neu, und die Kommunen haben dies als Chance genutzt, um die Vielfalt ihrer wirkungsvollen Klimaaktivitäten zu präsentieren.“

In der Kategorie „Ressourcen- und Energieeffizienz“ überzeugte die Gemeinde Straubenhardt aus Baden-Württemberg mit einem neuen, zentralen Feuerwehrgebäude. Da konsequent nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip geplant und umgesetzt, standen Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz und somit Klimaschutz im Fokus. Bereits im ersten Jahr konnten knapp 30 Prozent Energie eingespart werden. Die bayerische Gemeinde Furth setzte bei der Umnutzung einer Klosteranlage auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Die verdichtete Bebauung im ehemaligen Klostergarten ermöglichte eine Innenentwicklung, die wertvollen Ackerboden schont und durch die Nähe zum Ortskern eine nachhaltige Mobilität fördert. In Baden-Württemberg steht eine Schule aus den 1950er-Jahren, die zur „Plusenergieschule“ saniert wurde, als Vorbild für neue Energiestandards der Landeshauptstadt Stuttgart. Stadeigene Neubauten und Sanierungsobjekte müssen nun mindestens Klimaneutralität oder sogar Plusenergieniveau erreichen. Damit verfolgt die Stadt konsequent ihr Ziel, bis 2030 im Gebäudesektor klimaneutral zu werden.

In der Kategorie „Erneuerbare Energien im kommunalen Fokus“ punktete die Stadt Freiburg im Breisgau mit dem deutschlandweit ersten Solardach-Radweg. Damit wird beispielhaft gezeigt, dass im Stadtgebiet neben Gebäuden auch Verkehrsinfrastruktur als Ausbaufäche für Photovoltaik erschlossen werden kann. Zugleich bietet das Solardach Radfahrenden Schutz vor Sonne, Regen, Schnee und Eis. Einen eigenen Projektierer für Erneuerbare-Energie-Projekte gründete der bayerische Landkreis Haßberge gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen. Die Gesellschaft zur Umsetzung erneuerbarer

Das Difu führt den Wettbewerb mit Förderung durch das BMWK im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative durch. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Stefan Wenzel verwies auf die Wirkung der Preisträgerkommunen als Vorbilder: „Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger profitieren, wenn sie sich auf den Weg machen und beispielhafte Projekte angehen. Das Potenzial für Energieeffizienz, Elektrifizierung und Erneuerbare auf kommunaler Ebene ist enorm. Kommunen sind mit ihrem Know-how unerlässliche Partner für die Bewältigung der Klimakrise. Die im Wettbewerb ‘Klimaaktive Kommune 2023’ für ihre wegweisenden Projekte ausgezeichneten Städte, Gemeinden und Landkreise sind Vorbilder für andere Kommunen, die ihr Engagement für den Klimaschutz



Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl betont in seiner Ansprache die Wichtigkeit jedes einzelnen Klimaschutzprojekts in den Kommunen.



www.difu.de/18163
www.t1p.de/d3b0r



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340308-17
vorwerk@difu.de



Foto: Peter Himse/Difu



Verdiente Freude bei den Vertreter*innen der zehn prämierten Kommunen des Wettbewerbs.

Technologieprojekte im Landkreis Haßberge, kurz GUT, prüft, plant und begleitet Projekte in den Bereichen Wind- und Solarenergie, Biomasse und Geothermie. Das garantiert Unabhängigkeit von externen Projektentwicklern und die Wertschöpfung vor Ort. Mit ihrer Solaroffensive 3.0 stärkt die niedersächsische Stadt Osnabrück den Ausbau von Solarenergie kontinuierlich und in breitem Umfang. Auch die eigenen Liegenschaften werden in den Blick genommen und Pilotprojekte zur Nachahmung in der Breite umgesetzt. Seit dem Start im Jahr 2018 konnte so der Anteil an Photovoltaik zur Energieerzeugung um 131 Prozent gesteigert werden. In der Gemeinde Großbardorf in Bayern ist der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien mit Gemeinsinn und guten Ideen erfolgreich gelungen. Mit der Gründung von Bürgerenergiegesellschaften für Windenergie, Photovoltaik und Nahwärme sowie einer landwirtschaftlichen Biogasgemeinschaftsanlage hat die Gemeinde eine komplette Energie- und Wärmewende geschafft und produziert ein Vielfaches mehr an Energie, als der Ort verbraucht.

In der Kategorie Klimaschutz durch Kooperationen mit der Wirtschaft zeigte der Bezirk Hamburg-Nord mit seinem Pilotprojekt „Gewerbepark Hamburg-Nord – Gemeinsam auf Klimakurs“ wie die Wirtschaftsförderung und das Klimaschutzmanagement Unternehmen erfolgreich dabei unterstützen haben, einen klimafreundlichen Gewerbestandort mit Vorbildcharakter zu entwickeln. Die Beteiligten eines Klimaschutznetzwerks verpflichten sich, Maßnahmen in den Handlungsfeldern Energie, Ressourcenschonung, betriebliche Mobilität oder Klimaanpassung umzusetzen. Mit dem

2021 von der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf gemeinsam mit weiteren Initialpartnern gestarteten Bündnis „Düsseldorfer Klimapakt mit der Wirtschaft“ wird allen Unternehmen in Düsseldorf eine Plattform angeboten, um Informationen, Ideen und Erfahrungen zu effektiven Klimaschutzmaßnahmen auszutauschen. Mit ihrem Beitritt sagen die Unternehmen verbindlich zu, selbst aktiv zu werden und am gesamtstädtischen Ziel der Klimaneutralität bis 2035 mitzuwirken. Das Projekt ist ein Vorbild für andere Kommunen, das bereits Schule macht.

Der Sonderpreis Klimaschutz in sozialen Einrichtungen ging an die Stadt Gudensberg in Hessen, die mit dem Neubau einer Kita und eines Dorfgemeinschaftshauses als Multifunktionsgebäude eine vorbildliche Lösung für den klimaschonenden Bau sozialer Einrichtungen geschaffen hat. Holzbauweise, Nutzung erneuerbarer Energien, nachhaltige Dämmung, Begrünung auf dem Dach und in der Fläche sowie die Einbindung zahlreicher Akteure – Stichwort „Multicodiertes Bauen“ – runden das Projekt ab.

Fotos von der Preisverleihung sowie Factsheets und Kurzfilme mit genauen Beschreibungen der Gewinnerprojekte stehen online zu Verfügung. Der vom BMWK geförderte Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ wird im Rahmen des Projekts „Klimaaktive Kommunen – Ideenpool und Wegweiser“ vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) ausgelobt.

Urbane Transformation anpacken und steuern

Zielsysteme und Nachhaltigkeitsmanagement: von der Theorie zur Initiierung urbaner Transformationen. Diskussion über Umwelt- und Nachhaltigkeitsindikatoren im Difu-WebSeminar.



Eine Urbane Transformation einzuleiten und sie auf den Pfad einer nachhaltigen, an den planetaren Grenzen ausgerichteten Entwicklung zu führen, ist eine der drängenden Herausforderungen der Kommunen. Es geht dabei um zentrale Zukunftsfragen. Dazu zählen: der kommunale Umweltschutz, die Energie- und Mobilitätswende zur Erlangung der Klimaneutralität sowie Klimaanpassung in den Städten. Bei der dahinter liegenden Transformation handelt es sich um einen vielschichtigen und komplexen Prozess, der unter einer Vielzahl von Akteur*innen in Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ausgehandelt werden muss. So offen die Prozessgestaltung an sich sein mag, so wichtig ist eine strategische Ausrichtung, die dem Prozess bzw. den Akteur*innen Orientierung vermittelt und Transparenz über die Fortschritte herstellt. Einerseits haben viele Kommunen z.B. mit ihrer Nachhaltigkeitsberichtserstattung und Stadtentwicklungskonzepten bereits eigene Ziel- und Indikatorensysteme entwickelt. Andererseits zeichnet sich ab, dass die verabredeten Maßnahmen zur urbanen Transformation nicht ausreichen, um z.B. die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen.

Kommunen sehen sich einer Vielzahl unterschiedlicher Ziele gegenüber: den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens, den SDGs, Zielen der Stadt von Morgen und der Leipzig Charta. Ebenso wichtig sind die Aspekte der Kreislaufwirtschaft oder der Donut- und Gemeinwohlökonomie. Diese Ziele bzw. Zielsysteme bilden vielfältige Themen ab.

In Kommunen stellt sich oft die Frage nach der Relevanz der einzelnen Ziele in konkreten Entscheidungssituationen vor Ort. Hinzu kommt, dass die in der Vielzahl von Strategiedokumenten,

Nachhaltigkeitskonzeptionen und Zielsystemen angelegten Einzelziele nicht immer widerspruchsfrei zueinanderstehen. Spätestens in der Bauleitplanung müssen auf begrenzten städtischen Flächen Zielkonflikte bearbeitet und entschieden werden. Hier besteht aus Umwelt- und Nachhaltigkeitsicht regelmäßig das Problem, dass Nachhaltigkeitsaspekte bei der Abwägung gegenüber anderen Aspekten wie z.B. Bauen für Wohnen oder Gewerbe unterliegen und sich im Abwägungs- und Entscheidungsprozess nicht durchsetzen. Vor diesem Hintergrund gingen die Teilnehmenden des Difu-WebSeminars der grundsätzlichen Frage nach, wie Indikatoren und Zielsysteme effektiver Teil der Governance für urbane Transformation bzw. kommunale Nachhaltigkeitspolitik werden können.

Aus diesem Grund wurde im WebSeminar einerseits grundlegend in Zielsysteme für urbane Transformation eingeführt und das Modell der Bonner Nachhaltigkeitsstrategie als thematisch breit aufgestellte Methode präsentiert. Exemplarisch wurden Umweltindikatoren und Umweltqualitätsziele in der integrierten Stadtentwicklung der Stadt Leipzig vorgestellt. Zudem waren Indikatoren und Orientierungswerte für urbanes Grün wie z.B. die Grünerreichbarkeit als zentrale Zielsetzung in der Diskussion. Und schließlich ging es auch um Strategien und Modelle, Transformation umzusetzen. Hierunter fallen die kooperativ erarbeiteten Zukunftsleitlinien in Augsburg, der Klimabeirat der Stadt Dortmund, der sich als Treiber und Motivator der Transformation versteht sowie der in Ludwigsburg verfolgte Ansatz, transformative Stadtentwicklung durch Pop-Up-Maßnahmen in die Umsetzung zu bringen.



www.difu.de/18146



Dipl.-Soz. Jan Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Bilanzierungstools für die Klimaschutzarbeit von Kommunen

In der neuen Webinar-Reihe „Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune“ der Agentur für kommunalen Klimaschutz stellen Fachleute Tools vor, die Kommunen auf dem Weg in die Treibhausgasneutralität unterstützen.

Eine Energie- und Treibhausgas (THG)-Bilanz ist ein wichtiges Monitoring-Instrument der Klimaschutzarbeit von Kommunen. Sie gibt einen ersten Überblick über die Verteilung der Energieverbräuche und Emissionen auf verschiedene Verbrauchssektoren. Mit diesen Informationen können Schwerpunkte für die lokale Klimaschutzstrategie abgeleitet und Entwicklungen überprüft werden. Für die Erstellung der Energie- und THG-Bilanz stehen Kommunen verschiedene Bilanzierungstools zur Verfügung. Das Thema Bilanzierungstools stand im Fokus eines Webinars der Reihe „Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune“.

Benjamin Gugel vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH (ifeu) gab im Rahmen des Webinars einen Einblick in das Vorge-



Foto: Adobe Stock, laddawan

hen bei der Erstellung einer kommunalen Energie- und THG-Bilanz. Zudem stellte er verschiedene Tools und die notwendigen Aufgaben zur Bilanzierung vor. Bilanzierungstools unterstützen Kommunen bei der Erstellung der Endenergiebilanz, für die zunächst Daten gesammelt und den Verbrauchssektoren zugeordnet werden müssen. Anschließend werden die Daten verarbeitet und in THG-Emissionen umgerechnet.

Als methodische Grundlage für Bilanzierungstools wird die Bilanzierungssystematik Kommunal, kurz „BISKO“, empfohlen. Aktuell ist sie in allen gängigen Bilanzierungstools hinterlegt. Vorrangiges Ziel

der Systematik ist die methodische Vergleichbarkeit von Energie- und THG-Bilanzen.

Bei der Auswahl eines Bilanzierungstools durch die Kommunen sollten verschiedene Kriterien berücksichtigt werden. So löst eine Landeslizenz für ein Tool beispielsweise nicht nur die Kostenfrage, sie ist auch mit verschiedenen Unterstützungsleistungen des Landes verknüpft. Weitere wichtige Funktionen könnten Plausibilitätschecks von Eingangsdaten und Ergebnissen ebenso wie Interpretationshilfen mit Vergleichs- und Referenzwerten sein.

Aber auch das beste Tool kann nicht alles: Benjamin Gugel ging ausführlich auf die Herausforderungen bei der Prüfung und Interpretation der Ergebnisse der Bilanz ein. Bei der Interpretation der Ergebnisse müssen beispielweise Einflussfaktoren wie Witterung, konjunkturelle Entwicklung und lokale Rahmenbedingungen wie Bevölkerungszuwachs berücksichtigt werden. Auch die Datengüte, als Hinweis für die Aussagekraft der Bilanz, ist zu beachten.

Die Beiträge der Teilnehmenden im Anschluss an den Vortrag zeigten, dass großes Interesse an den THG-Bilanzierungstools besteht. Viele Fragen drehten sich um die konkrete Anwendung, beispielsweise wie viel Zeit für die THG-Bilanzierung einer Kommune in einer bestimmten Größe eingeplant werden sollte. Auch die Einsehbarkeit der Ergebnisse stellte sich als wichtiger Aspekt heraus: Es wurde deutlich, dass für die Kommunen hilfreich wäre, ihre Bilanzen mit den Ergebnissen anderer Kommunen an ähnlichen Standorten zu vergleichen. Außerdem gab es Rückfragen zur Nutzung der Daten für das Klimaschutzmanagement der Kommune.

Das Feedback der Teilnehmenden ist Impuls für eine Wiederholungsveranstaltung am 9. April 2024. Weitere Termine der Webinar-Reihe „Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune“ behandeln die Themen Klimafonds, Datenbeschaffung und Klimachecks. Die Veranstaltungen führt die Agentur für kommunalen Klimaschutz im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) durch.



www.difu.de/18145



Mareike Hansel
+49 30 39001-236
hansel@difu.de

Susanne Müller
+49 30 39001-164
smueller@difu.de

Duisburg, Stadt am Wasser – von Hochkultur bis Industriekultur

Ab 2024 profitiert auch Duisburg als Zuwanderstadt von den Difu-Serviceleistungen und dem erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in eine Stadt mit vielen Gesichtern.



Foto: Ilya Hopping, Stadt Duisburg

Duisburg – Ruhrgebietsflair mischt sich mit der gelösten Atmosphäre des Niederrheins. Zwischen Industriekultur und moderner Baukunst erlebt man hier Kultur, Freizeit und Geschichte im Wechselspiel. Der Duisburger Innenhafen und der Landschaftspark Duisburg-Nord sind beliebte Treffpunkte für Kultur und Freizeit. Aus ehemaliger Brache entwickelte sich die für das Ruhrgebiet so typische Industriekultur. Einen einmaligen Blick über Duisburg erhält man auf der begehbaren Achterbahn – der Landmarke Tiger & Turtle im Angerpark. Feingeister finden Impulse im Stadttheater, in der Philharmonie oder in den Museen.

Mit 507.907 Einwohner*innen und einer Fläche von 233 Quadratkilometern steht Duisburg mit Blick auf die Stadtgröße an fünfzehnter Position der deutschen Kommunen. Duisburg an Rhein und Ruhr, Stadt am Wasser: Das Element lässt sich vielseitig erleben. Ob per Hafenerundfahrt durch den Binnenhafen oder ob bei Spiel, Sport und Freizeit im Sportpark Duisburg mit seiner Sechs-Seen-Platte und der Wasserwelt Wedau. Geprägt ist das Stadtbild durch den Rhein, der auf 36 Kilometern durch die Stadt fließt, sowie die Mündung der Ruhr in den Rhein. Viele Seen bieten in der Stadt abwechslungsreiche Freizeitmöglichkeiten. Mit bester Anbindung an Straßen, Schienen- und Wasserwege bildet Duisburg den optimalen Standort für national wie international

operierende Unternehmen. Duisport, der größte Binnenhafen Europas, befindet sich in Ruhrort und ist der wichtigste kontinentale Logistikstandort. Um den Transformationsprozess in der Industrie aber auch in der Logistik zu fördern, plant Duisburg die Realisierung eines Wasserstoff-Hubs und macht sich damit auf den Weg, der Wasserstoffstandort in Deutschland zu werden.

Duisburg hat eine lange Geschichte. Die strategische Lage an der Mündung der Ruhr in den Rhein führte schon früh zu Besiedlungen in der Eisenzeit. Im Schnittpunkt der Handelsstraßen erblühte Duisburg im Mittelalter. Im 19. Jahrhundert begann der industrielle Aufstieg: Das als Stadt Montan bekannte Duisburg ist immer noch europäischer Stahlstandort Nummer 1. Heute werden hier zunehmend High-Tech-Produkte zum Beispiel für die Automobilbranche produziert.

In Neudorf befindet sich der Campus Duisburg der Universität Duisburg-Essen. Die lokalen Lehr- und Forschungseinrichtungen haben sich besonders in den Bereichen Logistik, Umwelttechnologie, Brennstoffzellentechnik und Mikroelektronik einen Namen gemacht. Hervorzuheben ist neben der Universität auch das in Duisburg angesiedelte Fraunhofer-Institut für Mikroelektronische Schaltungen und Systeme (IMS).







Corinna Altenburg

war sieben Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu-Forschungsbereich Umwelt am Standort Berlin tätig. Zuletzt war sie Teamleiterin des „Service- und Kompetenzzentrums: Kommunalen Klimaschutz (SK:KK)“, heute „Agentur für kommunalen Klimaschutz“, und darüber hinaus an verschiedenen internationalen und nationalen Forschungsprojekten sowie Akquisen beteiligt. Ihr Arbeitsschwerpunkt lag bei der klimagerechten Stadtentwicklung und der dafür essenziellen Vernetzung und Weiterbildung von Akteur*innen. Das Thema des nachhaltigen Stadtumbaus wird sie künftig auch auf Bundesebene begleiten: Im Juni wechselte sie als Referentin in das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt

hat von 2009 bis 2023 im Difu gearbeitet. In seiner Arbeit befasste er sich schwerpunktmäßig mit Fragen des städtischen Wirtschaftsverkehrs, kommunaler Verkehrsinfrastrukturplanung und mit nachhaltigen Mobilitätsplänen (SUMP). Vor allem die Straßenbrücken-Studie 2013 sorgte für eine große Presseresonanz. Wulf-Holger Arndt betreute zahlreiche Seminare zum Wirtschaftsverkehr, zu Verkehrsinfrastrukturkosten, barrierefreier Mobilität sowie strategischer Verkehrsplanung. An seinem neuen Arbeitsplatz an der TU Berlin leitet er seit Juli 2023 den Forschungsbereich Mobilität und Raum und beschäftigt sich mit nachhaltiger Mobilität in Schwellen- und Entwicklungsländern sowie der Akzeptanzforschung von autonom fahrenden Bussen.

Lorenz Blume

ist seit Mitte Mai wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Berlin. In der „Agentur für kommunalen Klimaschutz“ berät er Kommunen und kommunale Akteure zu Klimaschutz sowie Fördermöglichkeiten im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Daneben plant und setzt er verschiedene Veranstaltungen um und erarbeitet praxisorientierte Hilfestellungen. Zuvor arbeitete er als Berater Klimaschutz im Verkehr bei der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg in Ravensburg, als Klimaschutzmanager in Steinfurt sowie als Berater im Ozon- und Klimaschutz bei der GIZ in Eschborn. Lorenz hat einen B.A. International Relations der Rijksuniversiteit Groningen sowie einen M.Sc. Sustainable Development Diplomacy der Wageningen University & Research in Kooperation mit der Fletcher School of Law and Diplomacy in Boston.

Dr. Jürgen Gies

war seit Dezember 2009 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Mobilität tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte waren insbesondere der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), die Zusammenhänge und Integration von Verkehrs- und Siedlungsentwicklung sowie deutsche und europäische Handlungsmodelle und Praxisbeispiele für nachhaltigen Verkehr in Städten und Stadtregionen. Jürgen Gies befasste sich mit Fragen der ÖPNV-Finanzierung, dem rechtlichen Handlungsrahmen sowie der Entwicklung zukunftsfähiger Angebote vor dem Hintergrund gesellschaftlicher, technologischer und ökonomischer Veränderungen. Jürgen Gies wird sich künftig neuen beruflichen Herausforderungen zuwenden.

Dr. Nicole Rogge

ist seit Mai wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Berlin. Sie leitet bei der „Agentur für kommunalen Klimaschutz“ das Arbeitsfeld „Verfahrens- und Qualitätsstandards im kommunalen Klimaschutz“. Zuvor arbeitete sie beim Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Berlin e.V. und unterstützte hier Krankenhäuser in der Umsetzung und Treibhausgasbilanzierung ihrer Klimaschutzmaßnahmen. Von 2015 bis 2020 promovierte sie an der Fachhochschule Münster in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu „Collective action theory and urban gardens“. Sie studierte Ökotoxikologie mit einem Master in nachhaltiger Ernährungswirtschaft.

Levke Sönksen

ist seit Mitte Juni als Referentin im Forschungsbereich Mobilität am Difu-Standort Berlin tätig. Hier unterstützt sie das Team Nahmobilität bei der Planung und Umsetzung von Fortbildungen zur Radverkehrsförderung. Im Rahmen ihrer vorherigen Tätigkeit betreute sie verschiedene gemeinnützige Organisationen und NGOs in der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und Engagierten. Sie studierte im Bachelor Politik-, Kultur- und Nachhaltigkeitshumanwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg, bevor sie ein Erasmus Mundus Joint Master Degree in Urban Studies (M.Sc.) an sechs Universitäten in Brüssel, Wien, Kopenhagen und Madrid absolvierte.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Corinna Altenburg, Wulf-Holger Arndt (Fotos: David Ausserhofer), Lorenz Blume (Foto: Vera Gutofski), Jürgen Gies (Foto: David Ausserhofer), Nicole Rogge, Levke Sönksen (Fotos: Vera Gutofski).



Zero-Waste in Kommunen

Die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft inklusive der Müllvermeidung ist im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft und des Umweltschutzes. Vorreiter in Sachen Zero-Waste und Plastikvermeidung zeigen: Gelebte Nachhaltigkeit ist auch in Kommunen umsetzbar. Am 21. November veranstaltete die Plattform Neue Stadt des Behörden Spiegel eine Online-Diskussion zum Thema Zero-Waste in Kommunen, an der u.a. Difu-Wissenschaftler Maic Verbücheln teilnahm. Dabei ging es um folgende Fragen: Welche Möglichkeiten haben Kommunen, um Müllmengen eigenständig zu reduzieren? Ist eine Verpackungssteuer wie in Tübingen hilfreich? Inwiefern kommt es auf die Mitarbeit der Bürger*innen an?

➔ www.t1p.de/kyhla

Green Cities 2035: Kommunale Strategien gegen Flächenverbrauch

Die Veranstaltungsreihe „Green Cities 2035“ ist eine Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Beim Online-Event am 28. September standen die Herausforderungen mit dem kommunalen Flächenverbrauch zur Diskussion: Wie können Kommunen ihre Innenbereiche flächensparend entwickeln? Welche tatsächlichen Vorteile hat die Neuausweisung von Baugebieten für die Kommunen? Welche Instrumente stehen für eine nachhaltige Flächennutzung und Klimaanpassung zur Verfügung? Difu-Wissenschaftler Thomas Preuß nahm als Inputgeber an der Veranstaltung teil.

➔ www.t1p.de/0123m

Smarte Allianzen zwischen Kommunen

Die jährlich stattfindende Smart Country Convention befasst sich mit allen Themen rund um digitale Verwaltung und smarte Stadtentwicklungskonzepte. Auf dem Event in Berlin diskutierte am 9. November Difu-Wissenschaftler Jan Abt mit weiteren Fachleuten darüber, wie Kooperationen zwischen Kommunen den Weg zur Smart City ebnen, welcher Mehrwert aus dem BMWBS-Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ erkennbar wird sowie über Modellhaftigkeit und Innovationshöhe von Smart-City-Lösungen.

➔ www.t1p.de/0o9yd

DEMO-Kommunalkongress: Sicherheit in Kommunen

Wie die Sicherheitsbehörden in Kommunen zusammenarbeiten und worauf es dabei ankommt, darum ging es in einem Fachgespräch auf dem DEMO-Kommunalkongress vom 9. und 10. November in Berlin. Zur Sprache kamen sowohl praktische Erfahrungen als auch wissenschaftliche Konzepte. Difu-Wissenschaftler Jan Abt war Teilnehmer des Fachgesprächs „Sichere Kommunen“. Dabei wurde etwa der Zusammenhang von Sicherheit und Beleuchtung in den Kommunen diskutiert.

➔ www.t1p.de/hpby6

Woche der Klimaanpassung 2023

Vom 18. bis 22. September fand die „Woche der Klimaanpassung“ statt. Dabei war das Zentrum KlimaAnpassung des BMUV am Difu verantwortlich für die Ansprache und Betreuung der Partner*innen. Ziel der Aktion war es, die Klimaanpassung auf Bundes-, Länder- und regionaler Ebene deutschlandweit voranzutreiben und die Vielfalt der Akteur*innen, der Kompetenzen und des Engagements im Bereich der Klimaanpassung in Deutschland sichtbar zu machen.

➔ www.t1p.de/hd0jc

Kongress zu Smart Cities

Am 4. und 5. Oktober fand in Mannheim ein Kongress für Kommunen im Rahmen der BMWBS-Fördermaßnahme „Modellprojekte Smart Cities“ statt. Der Kongress bot für die geförderten Kommunen eine Möglichkeit, sich auszutauschen, Kooperationen zu vereinbaren, Lösungen zu übernehmen oder modellhaft weiterzuentwickeln. Das Difu bot auf der Veranstaltung drei Workshops an: „Buchungsplattformen für kommunale Räume“, „Gesundheitsplattformen“ sowie „On-Demand-Verkehr“. Zudem gab das Difu interaktiven Input zu „kommunalen Datenstrategien“. Bei einem Besuch am Stand des Difu informierte sich die parlamentarische Staatssekretärin des BMWBS, Elisabeth Kaiser, über Aktivitäten für den Bereich der „Smarten Regionen“ im Rahmen der Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities (KTS).

➔ www.t1p.de/9qnf2

Bundesforum Jugend entscheidet

Vom 27. bis 29. September tagte das Bundesforum „Jugend entscheidet“ der Hertie-Stiftung in Berlin. 48 kleinere Kommunen, vertreten durch ihre Bürgermeister*innen, nahmen teil, um junge Menschen für mehr Demokratie in den Kommunen zu begeistern. Die Akademie bot Raum für Denkanstöße sowie Austausch und diskutierte Best-Practice-Beispiele. Difu-Wissenschaftlerin Dr. Bettina Reimann wirkte beim Podium „Kommunen der Zukunft: Wie junge Menschen Städte neu denken“ mit.

➔ www.t1p.de/f98pi

Zukunftsforum Energie & Klima: Umsetzung der Energiewende

Vom 27. bis 28. September fand in Kassel das Zukunftsforum Energie & Klima statt. Hier trafen sich Expert*innen aus Kommunen, der (Energie-)Wirtschaft, sowie aus Politik und Wissenschaft, um anwendungsorientierte Impulse und konkrete Lösungen für Energiewende und Klimaschutz zu präsentieren. Die Agentur für kommunalen Klimaschutz des Difu war als Kooperationspartner mit einem Infostand vor Ort. Am zweiten Tag der Veranstaltung hielten die Difu-Wissenschaftler*innen Carolin Fischer, Philipp Reiß und Nele Bilo in Kooperation mit der Landesenergieagentur Hessen den Workshop „Alle an Bord!? So klappt es mit der treibhausgasneutralen Verwaltung – Networking für kommunales Klimaschutzpersonal“.

➔ <https://t1p.de/akr9f>

ÖPNV-Weltkongress: Difu im UITP-Host-Comitee

Der Global Public Transport Summit (UITP) gilt als weltweit wichtigster Mobilitätskongress und Messe für den ÖPNV. Der Kongress wird in den Jahren 2025 und 2027 von der Freien und Hansestadt Hamburg ausgerichtet. Anne Klein-Hitpaß, Leiterin des Difu-Forschungsbereichs Mobilität wurde durch Hamburgs Verkehrsssenator Anjes Tjarks in das UITP-Host-Comitee berufen.

➔ www.t1p.de/hif14


Fotos (v.l.n.r.)


1: Adobe Stock/Katie Chizhevskaya, 2: Adobe Stock/Przemek Klos, 3: Adobe Stock/René Notenbomer, 4: Adobe Stock/Studio Romantic




Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Homepage im „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
 www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
 www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Bestellungen:
+49 30 39001-253
vertrieb@difu.de

 www.difu.de/publikationen

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 4/2023

 www.difu.de/18176


Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen

 www.difu.de/18189

Toolbox für Xtopien

 www.difu.de/18213


#Klimahacks – Mach dein Projekt:
Förderprogramm PV-Balkonanlagen

 www.difu.de/18186


Vom Plan auf die Straße

 www.difu.de/18118


Datenstrategien in Kommunen

 www.difu.de/18102


Nachhaltigkeitshaushalt und -rendite

 www.difu.de/18094


Fachexperten-Gespräche 2023 zur
Modernisierung des Städtebaurechts

 www.difu.de/18086


Erfolgreiche Nachhaltigkeitstransformation
in der Kommunalverwaltung

 www.difu.de/18091


Klimascouts verankern

 www.difu.de/18066


Sustainable Finance für Kommunen

 www.difu.de/18058


Investitionsbedarfe für ein nachhaltiges
Verkehrssystem

 www.difu.de/18037


Kommunale Sportstätten und ihr Beitrag zur
Erreichung der deutschen Klimaziele

 www.difu.de/18031

#Klimahacks: Kommunale Holzstrategie

 www.difu.de/18027

Nichtmonetäre Investitionshemmnisse der
Kommunen

 www.difu.de/18025

Verkehrsberuhigung: Entlastung statt Kollaps!

 www.difu.de/17996


#Klimahacks – Mach dein Projekt: Freiflächen-Solarthermie für die Wärmewende

 www.difu.de/17994


Difu-Jubiläum und Difu-Jahrestreffen

 www.difu.de/18040


Bezahlbarer Wohnraum in Zeiten kumulierender
Krisen – Herkulesaufgabe für Kommunen

 www.t1p.de/vhh5n

Von der Quartiersvielfalt zum Quartiersbetrieb

 www.t1p.de/0jkwj

Kiezblocks: Mehr als nur Poller!

 www.t1p.de/3xjpw

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge

Verständlich. Nachvollziehbar. Wahrnehmbar.

  www.difu.de/18190

Instrumente der Innenentwicklung

  www.difu.de/18169


Straßenräume neu denken!

  www.difu.de/18153

Gewerbegebiete im Klimawandel

  www.difu.de/18164


Stadtverträglicher Wirtschaftsverkehr

  www.difu.de/18111

Natürlicher Klimaschutz in Kommunen

  www.difu.de/18081



Neue Wirtschaftsmodelle für resiliente Städte

  www.difu.de/17961

25. Deutscher Fachkongress für kommunales
Energiemanagement

  www.difu.de/17977

Andere Wohnungen braucht das Land

  www.difu.de/17963

Verkehrswende in der Stadtregion



  www.difu.de/17960



Foto: Gina Sanders, Adobe Stock

Presseresonanz – das Difu in den Medien
Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

DEMO, 20.11.2023

Konferenz: Kommunen wünschen sich andere Klimaschutz-Finanzierung

Klimaschutz soll Gemeinschaftsaufgabe werden. Die Idee hat Difu-Geschäftsführer Carsten Kühl in die Debatte zu Beginn der Kommunalen Klimakonferenz 2023 gebracht. Die Reaktionen der kommunalen Verbände waren am Donnerstag gemischt.

➔ <https://t1p.de/syu2f>

Deutschlandfunk – Agenda, 15.11.2023

Die anhaltende Krise der Innenstädte

Wie sollten sich Innenstädte verändern und neu genutzt werden, damit die Kundschaft erhalten bleibt? Gesprächsrunde u.a. mit Difu-Wissenschaftlerin Sandra Wagner-Endres.

➔ www.t1p.de/f97vh

hr INFO, 14.11.2023

„Bei Tempo 30 gibt es weniger Unfälle“

Tempo-30-Zonen gehören mittlerweile längst zu den Städten. Aber was bringt es wirklich, wenn Autos nur 30 fahren? Ein Gespräch mit Difu-Wissenschaftlerin Anne Klein-Hitpaß.

➔ www.t1p.de/9owul

Stadtrederi. Reflexionen zu Stadt und Raum (Podcast), 8.11.2023

Zukünfte der Stadt: wegweisende Planungskonzepte im Fokus

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte - Warum sind solche wegweisenden Planungskonzepte sinnvoll und welche Stolpersteine bestehen? Gespräch u.a. mit Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold.

➔ www.t1p.de/7dnj9

Treffpunkt Kommune, 7.11.2023

Urbane Räume müssen sich wandeln

Urbane Räume müssen sich grundlegend wandeln. Das Difu ist am Puls der Zeit, und das seit 50 Jahren. Ein Beitrag von Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl anlässlich des Difu-Jubiläums.

➔ www.t1p.de/dupvo

Spektrum der Wissenschaft, 31.10.2023
Wie eine »Stadt für alle« aussehen kann

Lange lag der Fokus der Stadtplanung auf dem autofahrenden Mann. Nun versuchen Planerinnen und Planer, die Städte für alle Menschen lebenswert zu gestalten. Ein Beitrag mit Difu-Wissenschaftlerin Stephanie Bock.

➔ www.t1p.de/2p9be

Deutschlandfunk Nova, 30.10.2023

Urbane Dystopie – Teure Mieten und entleerte Städte

Teure Mieten und entleerte Städte: Wie sollen sich z.B. Studierende & Azubis künftig noch das Wohnen in den großen Städten leisten? Mit Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold u.a.

➔ www.t1p.de/pzv8h

Badische Zeitung – BZ am Ohr (Podcast), 26.10.2023

Ist bezahlbares Wohnen in Freiburg überhaupt möglich?

Prof. Dr. Arno Bunzel, Bereichsleiter, Prokurist und Stellvertretender Direktor am Difu erklärt, warum es immer weniger Sozialwohnungen gibt und wie es trotz steigender Preise gelingen kann, bezahlbar zu bauen.

➔ www.t1p.de/7zy6w

Der Tagesspiegel – Future B – Zukunft mitgestalten (Podcast), 17.10.2023

Fliegende Busse, urbane Dörfer: Ist Berlins Zukunft autofrei?

Wie werden sich die Menschen in Berlin künftig durch die Stadt bewegen und wird Berlins Zukunft autofrei sein? Ein Gespräch u.a. mit Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer.

➔ www.t1p.de/322zp

SWR2 – Wissen, 10.10.2023

Vorfahrt für Fußgänger – Mehr Platz, mehr Sicherheit, mehr Rechte

Lange hatte der Autoverkehr Vorrang in den Städten. Doch neben Radfahrer*innen entdecken immer mehr Kommunen den Fußverkehr als umweltfreundliche Fortbewegungsform.

➔ www.t1p.de/30erh

#stadtvonmorgen, 19.10.2023

Nachhaltigkeitswert von Investitionen

Das Difu legt Indikatoren für eine Nachhaltigkeitsrendite vor. Sie soll den Nachhaltigkeitswert kommunaler Investitionen zeigen.

➔ www.t1p.de/bufqb

Designfehler der Gegenwart (Podcast), 7.10.2023

Stadtklima & Umweltgerechtigkeit – Was tun gegen die ungesunde Stadt?

Difu-Stadtforscherin Christa Böhme im Interview: Was müssen wir tun, um unsere Städte auf den Klimawandel vorzubereiten und warum sind die Belastungen ungerecht verteilt?

➔ www.t1p.de/dtny7

BR24, 30.9.2023

Mehr Hitze und Starkregen: Wie gut sind unsere Städte gerüstet?

In Zukunft wird es mehr Hitzetage und Starkregen geben. Wie gut sind unsere Städte dagegen gewappnet? Welche Maßnahmen können Hitze-fallen und Überschwemmungen verhindern?

➔ www.t1p.de/58u8z

taz, 25.9.2023

SUVs stehen doch auch im Weg!

Warum stellt ihr eure E-Roller mitten auf den Gehsteig, fragt ein Leser. Weil man kaum etwas zu befürchten hat, antwortet eine Mobilitätsforscherin.

➔ www.t1p.de/wluzu

Tagesspiegel, 24.9.2023

3 auf 1: Autofreie Innenstädte

Hannover will bis 2030 eine nahezu autofreie Innenstadt schaffen. Das könnte auch ein Beispiel für andere Städte werden. Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer u.a. schätzen die Chancen dafür ein.

➔ www.t1p.de/o1xqd

3sat – NANO, 20.9.2023

Unsere Städte der Zukunft

Die sich häufenden Wetterextreme machen Klimaanpassung essenziell. Einige Kommunen setzen auch schon wichtige Maßnahmen um. Ist Deutschland gut vorbereitet? Difu-Wissenschaftler Jens Hasse im Gespräch.

➔ www.t1p.de/dx3z2

Tagesschau, 30.08.2023

Milliarden für Sanierung kommunaler Verkehrswege

Straße, Brücken und Schienen in Deutschland sind an vielen Stellen sanierungsbedürftig. Laut der neuen Difu-Studie müssten über 370 Milliarden Euro investiert werden.

➔ www.t1p.de/k3b0q

